

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühr),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag! An unterm Opferlinn müssen alle Pläne der Unternehmer zerfallen!

Inhalt: Der Hilfskassengesetz-Entwurf. — Krisentheorie und wirtschaftliche Lage. — Zinsfaltergängen. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Mäurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Entlohnungen usw. Talperrn und Binnenverkehr. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Gentleton: Das Auswachen der Baugruben.

Der Hilfskassengesetz-Entwurf.

I.

Der dem Reichstage kurz vor seiner Vertagung zugegangene neue Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen ist von einem Teile der sozialdemokratischen Presse sehr ungünstig beurteilt worden, und zwar dahin, daß er ein Versuch sei zur Erdröpfung der freien Hilfskassen.

Es ist das dasselbe Urteil, das über den ersten Entwurf vom Jahre 1905 gefällt wurde. Jener Entwurf forderte allerdings die schärfste Zurückweisung heraus, weil er in der Tat die Gefahr der Beseitigung, mindestens schwerer Schädigung der Hilfskassen in sich barg. Es war gegen ihn geltend zu machen, daß das Gesetz den ihm beigemessenen Zweck, das Schwindelkassenwesen zu überwinden, nicht erreichen, andererseits aber die realen Hilfskassen in die denkbar ungünstigsten Existenzbedingungen stellen werde. Vor allem kam die Gefahr der Beseitigung der Selbstverwaltung mit in Frage. Alles in allem ließ die Vorlage die gebührende Berücksichtigung des berechtigten Interesses der realen Hilfskassen und eine sorgfältige Durchsicht und Festlegung der letzten Grundzüge vermissen; rein schablonenhaft wandte sie das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 12. Mai 1901 auf die Hilfskassen an, und dem wirklichen Ermessen des durch jenes Gesetz (§ 70) errichteten Reichsaufsichtsrats räumte sie einem nahezu unbegrenzten Spielraum ein.

Ein am 16. und 17. Januar 1906 zu Berlin abgehaltener Kongreß freier Hilfskassen nahm zu diesem ersten Entwurf Stellung; er richtete an den Reichstag das Ersuchen, ihm die Zustimmung zu versagen. Diesem Ersuchen und den es stützenden Erwägungen gaben die Redner der sozialdemokratischen Fraktion in den Plenarsitzungen des Reichstages vom 29. und 30. Januar 1906 erschöpfenden und scharfen Ausdruck. Der Abgeordnete Leßke erklärte am Schluß seiner längeren Rede namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese gegen die Vorlage stimmen werde, „wenn nicht grundlegende Änderungen eintreten, die den Bestand und die Selbständigkeit der Hilfskassen garantieren“.

Die Vorlage wurde dann einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen, die ihre Arbeiten am 12. Mai 1906 mit Erstattung eines schriftlichen Berichts beendete.

Nehmen wir diesen Bericht im Zusammenhang mit dem übrigen einschlägigen Material aufmerksam durch, so finden wir, daß die Kommission ganz erhebliche und tatsächlich grundlegende Änderungen des Entwurfs unter Berücksichtigung der wichtigsten gegen ihn vorgebrachten Bedenken vorgenommen hat, und zwar in einigen Hauptpunkten unter Annahme von

Änderungen, die von sozialdemokratischer Seite gestellt worden waren.

Ein Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ hat kürzlich Behauptungen aufgestellt, wonach die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entschlossen gewesen sei, gegen den verbesserten Entwurf der Kommission zu stimmen und wonach weiter der Mannheimer Parteitag 1906 es als „selbstverständlich“ angesehen habe, daß sich die Partei auch gegen diesen Entwurf zu erklären habe. Das ist ein Irrtum. Die Fraktion hat infolge der eingetretenen Vertagung des Reichstages über den Sommer des Jahres 1906 keine Gelegenheit gehabt, sich mit dem Ende Mai erschienenen Kommissionsbericht zu beschäftigen. Auf dem Mannheimer Parteitag haben zwar zwei Diskussionsredner für die Ablehnung des Entwurfs gesprochen, aber ein Antrag, die Reichstagsfraktion aufzufordern, ihre Zustimmung dem Entwurf nicht zu geben, wurde mit starker Majorität abgelehnt.

Der jetzt vorliegende neue Entwurf läßt nicht nur eine Berücksichtigung der Kommissionsbeschlüsse erkennen, er enthält sogar noch einige darüber hinausgehende Verbesserungsvoor schläge.

Die zu entscheidende Frage ist die: Ist seine Tendenz gegen die freien Hilfskassen gerichtet; will er unter dem Vorwande, der Bekämpfung des Schwindelkassenwesens jene Kassen überhaupt zerstören, ihnen die Existenz unmöglich machen, wie es von dem ersten Entwurf behauptet worden ist und in Rücksicht auf dessen Bestimmungen aus berechtigt erscheinender Befürchtung heraus behauptet werden konnte?

„Die Regierung hat in der Begründung ihres neuen Entwurfs zu dieser Frage Stellung genommen. Sie verwahrt sich sehr energig gegen die Behauptung, daß bei der Geltung des von ihr vorgeschlagenen neuen Rechtes die zu beaufsichtigenden Krankenkassenvereine zu verhindern. Zur Rechtfertigung dieser Auffassung habe keinerlei Material beigebracht werden können. Die verbündeten Regierungen seien von dem Bedürfnis des Weiterbestehens und der Neuerrichtung von freiwilligen, auf der Selbstverwaltung ihrer Mitglieder beruhenden Krankenkassen sowie davon überzeugt, daß die Vorlage, wenn sie Gesetz werde, in die Entwicklung dieser Unternehmungen nicht störend, sondern nur fördernd eingreifen werde. Es wird hinzugefügt: „Unter der Herrschaft des Versicherungsaufsichtsgesetzes haben die Unternehmungen eine freiere, von zwingenden gesetzlichen Vorschriften weniger beschränkte Verwaltung, als zur Zeit die eingeschriebenen Hilfskassen.“

Wir sind gewiß die letzten, die sich durch Versicherungen der Regierung zu einem Urteil bestimmen lassen. Unser Urteil stützen wir stets auf eigene Untersuchung. Und die hat uns zu der Ueberzeugung gebracht, daß die Regierung kein Interesse daran hat oder haben könnte, die freien Hilfskassen zu erdröpfen. Was der Entwurf bezweckt, ist nichts anderes, als die durch eine Reihe mehr oder weniger zwingender Erwägungen gebotene Umgestaltung des

Hilfskassenwesens. Allerdings soll das bestehende Hilfskassengesetz aufgehoben werden. Aber die Hilfskassen selbst sollen bestehen bleiben; sie werden nur anderen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, und zwar solchen des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 12. Mai 1901 im Zusammenhang mit denen, die der neue Entwurf selbst gibt.

Die Tendenz des Entwurfs ist, die Entstehung und die Existenz von Schwindelkassen zu verhüten, über die Jahre hindurch aus Arbeiterkreisen so viele und begründete Klagen erhoben worden sind. Das erwähnte Versicherungsaufsichtsgesetz vom 12. Mai 1901 hat ein behördliches Aufsichtsrecht über die Versicherungsverträge konstruiert und damit das Prinzip des Schutzes des Versicherten gegen Schwindel und sonstige Ueberbeteiligung anerkannt. Für dieses Gesetz, insbesondere für dieses von ihr stets vertretene Sicherungsprinzip, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestimmt. Der Entwurf zieht lediglich die Konsequenzen aus dem Aufsichtsrecht. Es gibt keinen stichhaltigen Grund, die freien Hilfskassen von der gesetzlichen Haltung und Anwendung des Sicherungsprinzips freizulassen. Solche Hilfskassen haben seine Anwendung nicht zu fürchten; es richtet sich lediglich gegen die Schwindelkassen. Nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz, dem, wie gesagt, die sozialdemokratische Fraktion zugestimmt hat, sind schon jetzt alle die Hilfskassen, die sich nicht dem bestehenden Hilfskassengesetz unterstellt haben, Sterbekassen z. c., der in jenem Gesetz vorgesehenen Aufsicht unterworfen. Bei Beratung des Versicherungsaufsichtsgesetzes im Reichstage hat die sozialdemokratische Fraktion, ohne den geringsten Widerspruch aus der Partei zu erfahren, sich von der richtigen Erwägung leiten lassen, daß es Pflicht des Gesetzgebers und der Staatsmacht ist, die Versicherten zu schützen als die Schwächeren, die vorzuleisten haben und eine Gegenleistung oft erst in späteren Jahren erhalten.

Ihren neuen rechtlichen Charakter erhalten die Hilfskassen durch § 5 des Entwurfs. Er bestimmt — und zwar entsprechend einigen in der Reichstagskommission vom Jahre 1906 von den sozialdemokratischen Vertretern in Uebereinstimmung mit Erklärungen des Hilfskassenkongresses gestellten und von der Kommission angenommenen Anträgen — folgendes:

„Versicherungsvereine der in § 3 Abs. 1 bezeichneten Art, deren Leistungen sich innerhalb der in § 4 Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Grenzen halten, sind, sofern nicht auf ihren Antrag von der Aufsichtsbehörde anderes bestimmt wird, als kleinere Vereine (§ 53 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen) anzuerkennen.“

„Diese Versicherungsvereine haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzufammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen. Solange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist ihm mindestens ein Zehntel des Jahresbetrages der Mitgliederbeiträge zuzuführen.“

Die §§ 11, 12 und 115 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen finden auf diese Versicherungsvereine dieser Art keine Anwendung.“

Es ist zu beachten, daß Versicherungsvereine dieser Art nicht einer Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe bedürfen. Der § 5 des Entwurfs spricht klar und be-

stimmt aus, daß sie anerkannt werden müssen, wenn sie den gesetzlichen Voraussetzungen genügen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Der Entwurf macht einen Unterschied in der Behandlung der beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes schon bestehenden Hilfskassen und solchen, die neu errichtet werden:

Die schon bestehenden Kassen haben bis zum 1. Januar 1908 bzw. 1909 ihr Statut, den Vorschriften des neuen Gesetzes anzupassen; sie unterliegen aber vorübergehend nicht der Prüfung darauf, daß sie rüchrichtlich der allgemeinen Geschäftsführung und der materiellen Unterlagen (Höhe des Reservefonds etc.) die Gewähr der Erfüllung aller an sie herantretenden Anforderungen bieten; sie bedürfen also nicht einer speziellen Zulassung.

Bei neu zu gründenden Kassen hingegen würde nach dem Entwurf nicht nur das Statut auf seine Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften zu prüfen sein, die Prüfung würde sich auch darauf erstrecken, ob die Zulassung beantragenden Gründer Garantien in Form von materiellen Mitteln und hinsichtlich einer den Zwecken des Gesetzes entsprechenden Geschäftsführung bieten. Das umstrittene Zulassungsrecht nach dem Entwurf unterscheidet sich von dem heute geltenden im wesentlichen dadurch, daß nach den Bestimmungen des Hilfskassengesetzes sich die Prüfung darauf beschränkt, ob im Statut die Normativbestimmungen des Gesetzes beachtet sind, während nach dem Entwurf die Aufsichtsbehörden sich auch darüber zu vergewissern haben, ob die materiellen Garantien geboten werden und zwar nicht, um Kassen zu erschöpfen, sondern um die Gründung und das Bestehen von Hilfskassen unmöglich zu machen. Das ist der entscheidende Punkt. Allerdings überläßt der Entwurf die Entscheidung darüber, ob ein Verein als ein „kleiner“ anzusehen ist, von Fall zu Fall der Aufsichtsbehörde (§ 53 Abs. 4 des Versicherungsaufsichtsgesetzes). Das tat bereits der erste Entwurf, und zwar ganz unbedingt und ohne eine Garantie für die Sicherung der Zulassung zu bieten. Dagegen erhob sich mit Recht eine scharfe Opposition der interessierten Kreise, die auch in der Reichstagskommission lebhaften Ausdruck fand. Es war notwendig, willkürliche behördliche Entschlüsse über die Zulassung zu verhindern. Sollte die Ausübung des Zulassungsrechtes in Bezug auf die Hilfskassen nicht den Charakter einer behördlichen Konzessionserteilung annehmen, so war geboten, entsprechend einem Beschluß der Reichstagskommission, durch eine ausdrückliche Bestimmung die gesetzliche Gewähr dafür zu geben, daß die Anerkennung eines Vereins, der seine Leistungen innerhalb der vorgezeichneten Grenze (§ 4 Abs. 1 Nr. 2) des Entwurfs hält, als eines „kleineren“ ausnahmslos erfolgen muß.

Diese Gewähr bietet der Entwurf im § 5 Abs. 1. Da ist, wie die Regierung in ihrer Begründung ausdrücklich erklärt, vorgesehen, „daß die bezeichneten Vereine sämtlich als kleinere Vereine anerkannt werden müssen und nur auf ihren Antrag den handelsrechtlichen Vorschriften unterstellt werden können.“

Damit dürfte ein Hauptbedenken, das sich gegen den ersten Entwurf durchaus begründetenmaßen richtete,

beseitigt sein. Voraussetzung für die Anerkennung ist allerdings, daß nach § 7 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (das abweichend vom Entwurf die Erlaubnis guter Geschäftsbetriebe konstatiert) erstens der Geschäftsplan den gesetzlichen Vorschriften nicht zuwiderläuft, zweitens nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten hinreichend gewahrt sind und drittens nicht Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfindet. In dieser Bestimmung begreift sich das Aufsichtsprinzip.

Krisentheorie und wirtschaftliche Lage.

Ueber dieses Thema hielt kürzlich Genosse Max Schippel vor den Delegierten des Hamburger Gewerkschaftsartikels einen Vortrag, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Hinsichtlich der Krisen haben in der Arbeiterschaft von jeher die Anschauungen gewaltig geschwankt. Aus ganz erklärlichen Gründen: Mit unkreiser, unentworfener Erfahrung kann man nie völlig voraussagen, was die Zukunft bringen wird. Vor rund 100 Jahren hatten wir ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse als heute, Abnormitäten, die sich schwerlich je wiederholen werden. Die Zeit stand im Zeichen der Kriege, die sich zwischen England und Frankreich abspielten. Es erfolgte eine Auseinandersetzung auf dem Weltmarkt zwischen diesen zwei großen Kolonialmächten, die die ganze Welt umgestaltete. Damals hatte noch Frankreich umfangreiche Besitzungen in allen Weltteilen, der Streit ging in aller Form um die Welt Herrschaft. Der Bögel der großen französischen Revolution, Napoleon, ward der Fortsetzer absolutistischer Politik. Als Frankreich auf dem Weltmeere vernichtet war, griff es zu der Kontinentalperre gegen die englischen Waren, versuchte, auf diese Weise den Gegner tödlich zu verwunden. Als schließlich Ruhe eintrat, mußten sich ohne weiteres schwere wirtschaftliche Krisen ganz abnormer Art bemerkbar machen. Damals entstand denn auch die erste Krisentheorie. Fourier, St. Simon, die sozialistischen Utopisten, entwickelten ein System der Krisen. Sie sahen die wachsende Massenverarmung voraus, die Abstoßung infolge mangelnder Kaufkraft der Massen, die unnatürliche, aus dem Überflusse erwachsende Krisis, die sie begegnen könnten: durch Beseitigen der kapitalistischen Wirtschaft, die sie sich mit utopistischen Mitteln durchführbar dachten. Dazu kamen die Verwundungen durch die Verwendung der Dampfkraft verurteilten technischen Umwälzungen, die eine nie wiederkehrende große Zahl Arbeitsloser schufen infolge Verdrängung der Hand- durch die Maschinenarbeit.

Neue Theorien waren aus diesen abnormen Verhältnissen geboren und sie gingen auf Marx und Engels über, die im Zeitalter der Hungerrebeln, des furchtbaren Massenelends meinen mußten, es werde immer schlimmer und in absehbarer Zeit werde diese Entwicklung die ganze kapitalistische Gesellschaft auseinanderreißen. Da heißt es denn im kommunistischen Manifest:

„In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre — die Epidemie der Ueberproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zu-

rückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Befriedigung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. — Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwingende Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitiger und gewaltiger Krisen vorbeugt und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert. Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.“

Aber auch die scharfsinnigsten Theoretiker können nicht alle Strömungen übersehen und ihre Neugebungen verfolgen. Es ist anders abgelaufen, als man meinte. Das hat niemand offener anerkannt, als Marx und Engels selbst.

Warum ist nicht eingetreten, was sie erwarteten? Weil sie neue, ihnen damals noch unbekannte schöpferische Kräfte und die aus diesen erwachenden Gegenströmungen nicht in Rechnung gezogen hatten, nicht hatten in Rechnung ziehen können. Theorien sind immer nur unter gewissen Voraussetzungen richtig. Deshalb müssen sie jederzeit nachgeprüft werden. Wer konnte voraussehen, daß in Kalifornien, in Australien die riesigen Goldfunde gemacht wurden, über konnte voraussehen, daß in hellen Gassen gerade die besten, energiegeltesten Kräfte über den Ozean auswandern und dort weit bessere Erwerbsmöglichkeiten finden würden; daß aus wüsten ungenutzten Gegenden, aus unwirtlichen Steppen eine ganz neue Welt mit ganz neuen Verhältnissen entstehen konnte? Seit 1840 ist ein ganz neuer Kontinent erschlossen, den fast hundertmal so viele Menschen heute die modernsten Verkehrswege durchqueren und in dem Millionen kaufkräftiger Menschen wohnen. Ein ganz gewaltiger, ungeachteter Aufschwung! Ähnlich liegen in Australien die Dinge; auch dieser Erdteil hat eine Entwicklung durchgemacht, die niemand ahnen konnte. Und damit waren die Schlussfolgerungen des kommunistischen Manifestes hinfällig geworden. Theorien sind gewiß nötig, aber sie finden an bestimmte Voraussetzungen gebunden, ändern sich diese, muß sich auch die Theorie ändern.

In Deutschland hatten wir seit 1848 einen bis in die sechziger Jahre anhaltenden Wirtschaftsaufschwung. Damals steuerten wir mit vollen Segeln vorwärts. Dann aber kam von 1873 bis 1876 der schwere Crash und mit ihm eine neue Krisentheorie. Ende der achtziger Jahre folgte ein neuer Aufschwung, den Anfangs der neunziger Jahre wieder eine Krisis ablöste. War kam auf den Gedanken, daß die Krisis nicht mehr auf Teufel, sondern chronisch; Engels meinte, die Abstoßung müsse chronisch und damit die kapitalistische Gesellschaftsordnung untragbar werden. Auch das war irrig. Die Entwicklung brachte uns das genaue Gegenteil. Wir

Das Auskudchten der Baugrube.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten.)

Es geschieht gar nicht selten, daß infolge geringer Sorgfalt oder Anwendung ungeeigneter Vorkehrungen beim Ausheben der Baugrube Mauerwerk oder Erdmassen einfallen und Leben und Gesundheit der Bauarbeiter, wie auch der Anwohner gefährden. Daß so selten von diesen Dingen in der Presse die Rede ist, liegt einfach daran, daß kleinere Bauunfälle nicht zur Kenntnis der Berichtserfasser und der Aufsichtsbehörde gelangen. Wie notwendig es aber ist, beim Ausheben des Baugrundes die größte Sorgfalt anzuwenden, beweist u. a. ein Berliner Bauunfall, dem mehrere Arbeiter zum Opfer fielen. Ich selbst war vor Jahren Augenzeuge eines derartigen Unfalls, der ein lehrreiches Beispiel bildet. Es war bei Ausführung eines neuen Geschäftshauses in Berlin. Auf dem Hinterlande war ein altes Gebäude abgebrochen worden, die Erdarbeiten für den Neubau waren ziemlich beendet. An einer Stelle befand sich noch der Rest einer alten Kellermauer von einigen Metern Länge, die abgebrochen werden mußte. Der Boden schien sehr standfest, so daß die Wölbungen der Baugrube sich sehr leicht abgefallen werden konnten. Ohne jedes Bedenken wurde auch der Boden vor der alten Mauer, und zwar unterhalb der Fundamentlante, bis zur zukünftigen Kellerhöhe fortgenommen, die etwa einen Meter tief gelegt wurde. Plötzlich brach sich der Mauerkörper um seine untere Kante, stürzte nach vorn, und vier Arbeiter wurden unter seiner Last begraben. Die Schwerverletzten, die überhaupt nur dadurch mit dem Leben davonkamen, daß sie von der Mauer in das weiche Erdreich der Sohle hineingedrückt wurden, mußten sofort nach dem Kranenhaus befördert werden, wo sie zum Teil monatelang verblieben.

Der hier begangene technische Fehler ist leicht zu erklären. Der Boden, der so handfest schien, enthielt an irgend einer Stelle, vielleicht auch hinter der Mauer, eine lockere Sandbank. Der über der Sandbank liegende Boden hat die Tendenz, zu gleiten und nach vorn zu stürzen, wenn nicht genügend Widerstand vorhanden ist. Dieser Widerstand war vorhanden, solange die Mauer sich noch im Verband mit anderem Kellermauerwerk befand und im Boden sicher fundiert war. Nachdem man aber die Nachbarmauern wie auch den stützenden, früher fest eingepreßten Boden an der Vorderseite des Fundaments entfernt hatte, war die Mauer zu schwach, allein den Druck des nachschleichenen Erdreichs aufzunehmen und fiel, um mich drastisch auszudrücken, platt auf den Bauch, wie jemand, dem unversehens eine Faust einen Stoß in den Rücken gibt.

Wie wäre dieser Unfall, der sich in wechselnden Formen, nur nicht immer mit schweren Folgen, häufiger ereignet, zu vermeiden gewesen? Zunächst natürlich durch rechtzeitiges Abbrechen des alten Mauerwerks. Aber das ist nicht immer angängig, und in vielen Fällen wird es auch vorzuziehen erscheinen, alte Mauerkörper für den Neubau mit zu verwenden, sofern es sich überhaupt um einen Umbau handelt. In diesem Falle hätte man sich nicht auf die Standfestigkeit des Bodens verlassen dürfen, sondern diesen oder die Mauer absteifen müssen.

Das senkrechte Abtragen von Erdmassen soll überhaupt nur da geschehen, wo der Boden sehr fest ist und wo es sich um ganz geringe Tiefen handelt. In allen anderen Fällen muß die Wandung der Baugrube mit Wölbungen angelegt werden. Dies namentlich deshalb, weil auf einer Baustelle auch ganz unvorstellbare Erschütterungen und Belastungen des Bodens vorkommen, z. B. durch Ausheben großer Mengen Mauersteine und anderer Baumaterialien, Einfahren von Kränen und Balken, Einrammen von Pfählen usw. Ist der Boden auf einer Seite freigelegt,

so kann er großen Belastungen und Erschütterungen nicht mehr widerstehen.

Reicht die Kellerhöhe oder die Fundamenthöhe so tief, daß die Wölbung höher als zwei Meter wird, so ist es erforderlich, diese in treppenförmigen Absätzen auszuführen. Die Wölbung, die mindestens 40 Zentimeter breit werden sollen, besitzen den Vorzug, daß sie von oben abgleitende Erde und Steine auffangen, während die Arbeiter bereits in größerer Tiefe beschäftigt sind. Es ist diesen auch nicht möglich, bei großer Tiefe die Erde auszuwerfen; sie besorgen sie mit ihrer Schaufel zuerst nach dem ersten Absatz, hier sicher Leerte, die den Boden oder Schutt weiter nach oben werfen, und so fort. Nun ist es aber nicht immer möglich, die Baugrube an allen Seiten mit Wölbungen auszuführen. Es erfordert Raum, und an den Stellen, wo der Neubau bis an das Nachbargebäude heranreicht, ist dieser nicht vorhanden; vielmehr findet die Baugrube an der Nachbarmauer ihren natürlichen vertikalen Abschluß. Es entstehen keinerlei Schwierigkeiten, wo die Sohle der Baugrube höher liegt, als das Fundament der Nachbargebäude. Dagegen ist große Sorgfalt erforderlich, wo die Sohle der Baugrube tiefer als das Fundament der Nachbargebäude liegt, zumal wenn die Höhen Differenz bedeutend ist.

Nehmen wir einmal an, die Baugrube träte an die hohe Giebelwand eines Berliner Miethauses heran. Sie muß unmittelbar bis an diese herangeführt werden, weil die Giebelwand des Neubaus an das alte Nachbargebäude stoßen soll. Die hohe belastete Wand bricht mit ungeheurer Gewalt auf das Erdreich. Aber der Boden hält diesen Druck aus, solange er von allen Seiten fest eingeschlossen ist. Denken wir uns einen festen Eisenkasten, den man mit Sand vollgestopft hat. Man kann auf diese Sandfüllung infolge des Gegendrucks der Eisenwände eine ganz ansehnliche Last bringen. Aber wenn

hätten nicht kleine Wellenschläge nach aufwärts im allgemeinen Niedergang, sondern seit 1895 einen andauernden, großartigen Aufschwung, in dem die kleinen Weggängen, wie z. B. 1900/01, völlig verschwanden. Wir haben eben keine Krisis im alten Sinne mehr.

Warum das? Und womit haben wir in Zukunft zu rechnen? Es sind wieder ganz andere Verhältnisse eingetreten. Wir haben die kolossale Umbildung unseres ganzen Produktionsapparats durch die Elektrotechnik erlebt, die alle alten Verhältnisse von Grund auf ummodelliert. Welche Summe neuer Arbeit, neuer Aufträge schuf sie! Welche Fülle neuer Aufgaben bringt allein die bevorstehende Umwandlung der Dampfmaschinen in elektrische Antriebsmaschinen, Leitungen, neue Schienen usw. Walzwerke, Maschinen, Kupferdrathwerke werden mit Lieferungen überhäuft. Und wie hat nicht die moderne Kolonialpolitik die Welt umgestaltet? Man blide nur nach Kanada! Wer konnte voraussehen, was sich dort schier über Nacht entwickelt hat? Das ist ähnlich, wie die Dinge sich nach 1848 in den Vereinigten Staaten gelaufen. Wer konnte die Entwicklung der australischen Industrie, und Agrarwirtschaft mit ihrer ebenso kräftigen wie eigenartigen Arbeiterbewegung ahnen? Wer die gewaltigen Kapitalanlagen und die wachsende Kaufkraft in den neuen „Welten“ mit ihrer Einwirkung auf den europäischen Markt? Wer hat an das Goldland Südafrika gedacht?

Vielleicht haben die, die da meinen, all dies gebe dem Kapitalismus nur Zeit zum Zerschmelzen; aber die Tatsachen sind doch einmal da, lassen sich nicht weg-schaffen. Die Krisen sind gemildert und zum Teil be-seitigt. Wer hat denn auch geglaubt, daß die Arbeiter-schaft nicht, wie man einst meinte, bereisenden, sondern sich durch ihre Organisationen hochbringen, lauffähiger werden würde? Auch das wirkt unzweifelhaft. Trübsalstiden, Engels wäre der erste, der heute sagen würde: Das konnten wir nicht wissen!

Ist nun der Kapitalismus am Ende seines Latens? Hat er seine Entwicklungs- und Spannkraft mehr? Wird er bald durch eine höhere Ordnung abgelöst werden? Nun, so kräftig ist er noch nie aufgetreten, wie in den beiden letzten Jahrzehnten! Wir dürfen, so sehr wir sein Ende auch herbeiwünschen, die Augen nicht verschließen vor seiner ungeheuren Entwicklungsfähigkeit. Die Kosten-förderung hat sich seit 1876 fast verdreifacht, der Roh-eisenbedarf mehr als verzehnfacht, der für die Elektrotechnik wichtige, Kupferbedarf verzehnfacht. Und trotzdem haben wir eine Kostensenkung mit entsprechender Preissteigerung! Nach Kupfer wird förmlich Jagd gemacht; ähnlich geht es mit Zinn. Das sieht wahrlich nicht nach Abschlachtung aus, im Gegenteil: die Bedarfssteigerung ist ganz rapid.

Die letzten Monate haben ja unfreilich manche zum Nachdenken reizende Erscheinungen gezeigt: Naht eine Krisis im alten Sinne? Eine gradlinige Entwicklung gibt es ja nicht, immer werden rasche Steigungen und kleine Rückschläge erfolgen. Aber so manches Vorzeichen der jüngsten Zeit ist doch geeignet, uns Mut zu machen. Wir hatten mehrfach Börsenkrisen. So nach dem russisch-japanischen Krieg; aber sie berührten die Produktion so wenig, wie die russischen Massenstreiks, die wie eine Götterdämmerung auf gewisse Börsenkreise wirkten. Die Produktion bewegte sich vielmehr ruhig aufwärts. Dann brach im März in den Vereinigten Staaten ein Unwetter für die Börsen los, das gewaltige Verheerungen auf dem Kurs-

zettel errichtete. Ebenso Mitte August. Alles aber ließ die Produktion unbeeinträchtigt. Etwas, ernstere aber sind unzweifelhaft die wachsenden allgemeinen Schwierigkeiten auf dem Markt für Leihkapitalien, die auch auf die Pro-duktion zurückzuführen müssen. Früher war der Zins für fremdes Geld recht gering, man sagte ihm die Tendenz zum Fallen nach, die Staatspapiere wurden aus vier- in drei-einhalb- und dreiprozentige umgewandelt; denn jedes Ka-pital ward lebendig gemacht, strömte aus kleinen, bisher unerschlossenen Quellen massenhaft in die Banken und Sparkassen. Seit 1890 aber reicht der Zufluß nicht mehr, es ist Bedarf an allen Enden, in der Industrie, in Staat und Gemeinden. Das ist zunächst ein Zeichen ungeheurer wirtschaftlichen Aufstrebens. Der Reichsbankzinsfuß stieg rapid; nach ihm richtet sich überall der Zinsfuß. Das wird mit der Zeit jedenfalls zu einem Krebsgeschwür werden. Namentlich das Baugewerbe spürt es an hohen Zin-sen, Hypothekenknappheit und gestiegenen Mieten. Ein dauernd heher, nicht weichenwollender Zinsfuß aber schadet die Geschäftsleute; ganze Branchen leiden. Das sieht tatsächlich nach dem Anfang einer Krisis aus. In Amerika, wo der Aufschwung noch stärker war, als bei uns, ist das ganze Geldwesen schwerfälliger, dort kommt es, zu recht schweren Störungen, auch in der Produktion, einmal da dort diese statt mit den Banken durch die Trusts usw. verquält ist. Bei uns sind nicht so starke Anfälle da.

Heute können wir noch nicht sagen: Arbeiter, richtet Euch auf die bevorstehende Not ein! Das soll man nicht tun! Nichts ist verkehrter, als mit der Schwarzmalerei zu weit zu gehen. Man muß ruhig Blut behalten, sonst schädigt man die gewerkschaftliche Bewegung. So lange es noch möglich ist, vorwärts zu kommen, sollen wir uns nicht auf die Defensive beschränken. Wir dürfen die Sachlage nicht zu günstig, aber auch nicht zu pessimistisch beurteilen; ernste Dinge muß man nicht apokalyptisch aufspielen, man muß viel-mehr der Gefahr ruhig ins Auge sehen und sie nicht über-treiben. Die Börsenkrisis ist fast ausgebreitet, die Kurs-senkung hält an, die Geldnot wächst, und es ist abzuwarten, ob es nicht im letzten Quartal noch schlimmer wird, da dann die Banken wegen der mannigfachen an sie herangetretenen Anforderungen die Schraube wohl noch fester anziehen werden. Aber weit gefährlicher ist für die Industrie die steigende Preisentwicklung für die Konsumartikel, die schlimmer ist, als in der Zeit vor der Agrarkrisis. Die Minderung der Kaufkraft schafft Krisengefahr, sie schwächt eine schwarze Wolke über unserm Haupte. In Aus-land ist die Roggenrente zurückgegangen, die Vorräte sind gering, die Differenz zwischen Juli- und Septemberliefer-ung ist von sonst höchstens 8% auf 20-26% ge-stiegen. Die Preissteigerung würde erträglich bleiben, aber jede Lebensmittelpreissteigerung ist gefährlich. Auch ein Anzeichen der an sich schon teuren Mieten ist zu erwarten. Seit dem 1. April haben wir dank den Syndikatsherren teure Koffen. Unmöglich ist es also nicht, daß wir ernstesten Zeiten entgegengehen.

Was, nun-tun? Wir sind noch nicht soweit, daß wir die Leitung der Produktion übernehmen können, darüber sind wir uns einig. Aber wir sind auch nicht so wehrlos, wie früher. Die letzte Krisis brachte einen Rückgang der Gewerkschaften von 277 000 auf 223 000, die vorübergehende von 1900 nur einen Verlust von 680 000 auf 677 000; heute zählen wir 1 689 000. Das bedeutet eine ganz andere Widerstandsfähigkeit. Ich rechmiere: Theorien müssen sein, wenn die Praxis nicht zu hohem Experimentieren werden

soll, den Dingen und ihren Zusammenhängen müssen wir auf den Grund gehen, aber es sind nicht alle Entwicklungs-strömungen vorauszu-sehen; deshalb müssen wir aus der Praxis hinzulernen. Wir haben viel erreicht. Wir dürfen nicht auf den Augenblick warten, too mit Notwendigkeit die Sprengung der heutigen Ordnung erfolgt. Theorie und Praxis gehören zusammen, sie müssen sich vertragen, aber die Praxis ist die Grundlage. Unsere Kleinarbeit hat uns nicht unfähig gemacht, im entscheidenden Augenblick richtig zu handeln. Ob und wie die Krisis eintreten wird, kann niemand voraussagen — wir aber müssen von unten auf weiterbauen, daß wir stark und bereit sind. Wenn bereit sein ist alles!

Bauflirtagungen.

Die Baugewerkskämmer, ihr Innungs-verband und die Baugewerks-Verfasser-nassenschaften hielten in Halle ihre Verbands-tage ab. Die Vertreter von 332 Innungen mit 9708 Mit-gliedern verhandelten u. a. eine Änderung der Gewerbe-ordnungs-Novelle (Gesetz vom 7. Januar 1907) dahingehend, den Gewerbebetrieb als Baugewerbe be-zug. Bauleiter zu unterlagen. Die Behörden müßten „geschäft“ werden, ungenutzten Unternehmen das Handwerk zu legen, dem es gäbe im Deutschen Reich etwa 40 000 Bauunter-nemer, von denen ein großer Teil im Bau-fach nicht die nötige technische und „moralische“ Vorbildung besäße. Natürlich beschäftigten sich die Herren auch mit den Streiks und Auspierungen. Die Verträge der bürgerlichen Preise darüber sind nur knapp gehalten. Es ist aus ihnen zu entnehmen, daß die Unternehmer den Ar-beitern gegenüber „vielfach einig“ sind.

Auch im Punkte der „sozialen Fürsorge“ für die Arbeiter haben die Herren etwas geleistet. Sie beschloßen eine Resolution, welche folgendes besagt: Da die Arbeiter die Un-fallversicherungsbedingungen nicht gewissenhaft be-obachten, sollen alle feiggestellten Verträge der Arbeit-geber gegen die bestehenden Vorschriften den zuständigen Stellen schnell zur Prüfung unterbreitet werden. Auf diese Weise soll Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt werden! Das alle Vie: die Arbeiter selbst sind schuld an den Unfällen; die Unternehmer trifft kein Vorwurf. Was sie an Unterlassungen und Begehungs-sünden leisten, ist allerdings empörend, existiert aber nicht für sie.

Der Innungstag forderte weiter Verstärkung der gesetzlichen Bestimmungen, betreffend das Be-trugswesen. Jeder jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Jahre soll als Lehrling gelten. Wer unfähig den Gesellenstand führt, soll neben anderen Strafen die Zahlung einer Buße (zu Gunsten des Lehrlings) bis zu 500 zu gewärtigen haben. Natürlich wurde auch wiederum der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe und die allgemeine Ein-führung der Streik-Klausel verlangt.

Ein anderes „Kapitel“ war der „benachteiligten Tätig-keit der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ gewidmet, die seit der sozialdemokratischen Gewerkschaften „gewidmet, die zu nach Herrn G. e. r. i. c. h. Berlin „weit über die Höhe und zu billigen Vertretung der Arbeiterinteressen hinausgeht“. Als Schutzmittel hiergegen wurden die „Arbeitgeber-verbände“ empfohlen, die nun mit aller Force gefördert werden sollen, wo sie noch nicht existieren. Unser Freund G. e. r. i. c. h. Berlin nahm dann die Gelegenheit beim Schopfe, den Versammelten feinst und „Großherzig“ dem abzu-statten für die tatkräftige Hilfe während der Aussperrung des Streiks. Besonders der halbscheitliche Schein lobend erwähnt. Für vertragliche Pflichten-erfüllung scheint Herr Heuer jedes Gefühl abhandeln gekommen zu sein, denn er beklagte sich bitter über einige Beschwerden, die die vertragliche Fertigstellung der Arbeiten bestanden hätten. Wir meinen, diese Beschwerden hätten eher ein „Ja“ aus dem Munde des Herrn Heuer verdient, weil sie ihr Amt pflichtgemäß ausübten und das Gemeinwohl nicht dem Interesse einer Kapitalistenclique unterordneten. Noch fällt es uns schwer, die Arbeiter so recht zu meistern,

ich nun aus der einen Wand ein Stück heraus-schneide, so stürzt der Sand unter dem Druck der Last hervor und die Last stürzt nach, da ihr der tragende Boden entzogen ist. Ist der Boden unter den Fundamenten des Nachbargebäudes auf der einen Seite freigelegt, so wird er stürzen, wenn kein Gegenbruch vorhanden ist. Dieser Gegenbruch muß künstlich geschaffen werden.

Derartige Bauarbeiten sind demnach gefährlich, daß kein Bautechniker und auch kein verständiger Maurer das Fundament des Nachbargebäudes tiefer Meter weit freilegen wird. Man wird zunächst die Baugrube nicht an das Nachbargebäude heranführen, sondern zwei oder drei Meter von diesem zurückbleiben. Dann wird man von der Baugrube aus einen schmalen Schacht oder Schollen nach der Nachbarwand treiben, mit einigen in den Boden getriebe-nen Pfosten und quer vor diese gelegten Hölzern die Erde unter dem Nachbarfundament abheben und nun an dieser Stelle, indem man die Hölzer allmählich entfernt, mit der Ausführung des neuen Keller- oder Fundamentmauer-werks beginnen. Dieses wird in den meisten Fällen aus-reichen, dem Boden genügend Gegenbruch zu geben. Ist dieser aber wenig handfest oder die Bodenfestigkeit zu bedeutend, oder das Fundament von zweifelhafter Be-standigkeit, so wird es sogar erforderlich, das Nachbar-gebäude zu unterfahren, d. h. ein neues Stützmauerwerk unter den Fundamenten des alten Gebäudes anzuführen, indem man auf kurze Entfernungen den Boden unter demselben heraus-schneidet. Auf kurze Entfernungen, also vielleichte 1 m Länge, kann man auch eine sehr belastete Wand infolge des Mauerwerksverbandes frei-tragen. Hat man nun auf diese Weise einen sicheren Punkt geschaffen, so kann man an anderer Stelle von der Baugrube aus einen zweiten Schacht nach der Giebelwand führen; hier wieder ein Stück des erforderlichen neuen Fundament- und Kellermauerwerks herstellen und so nach-

und nach das Fundament des Nachbargebäudes an mehreren Punkten sichern. Nun können die noch stehengebliebenen Erdmassen völlig beseitigt, die Baugrube also in der not-wendigen Tiefe bis an die Giebelwand des Nachbar-gebäudes herangeführt werden. Die bereits vorhandenen neuen Mauerkörper spielen gleichzeitig die Rolle von Stützpfählen, zwischen denen nun die Grundmauern in regelrechtem Ver-bande vollendet werden. Das ist so in großen Höhen die übliche Methode, die allerdings mannigfach ausgestaltet werden kann.

In vielen Fällen ist es z. B. auch möglich, die Baugrube zunächst gar nicht bis zu der erforderlichen Tiefe auszuheben. Man führt dann an dem gefährlichsten Nach-bargebäude entlang einen Schacht, der breit genug ist, den Leuten Arbeitsraum zu gewähren. Man spannt hier kurze Steifen horizontal zwischen der Giebelwand des Nachbar-gebäudes und der Erdwand der Grube ein, indem man sie mit Ketten festreibt. Selbstverständlich kann der Schacht auch nicht so tief in der ganzen Länge der Nachbarwand, sondern nur stückweise, aber in dem Maße ausgeführt werden, wie das neue Kellermauerwerk fortgeschritten. Bei dieser Methode sind schon verschiedene Teile des Fundament- und Kellermauerwerks vollendet, bevor die Ausschachtung der Grube zum Recht begonnen hat.

Auf konstruktive Einzelheiten der verschiedenen Ab-stellungen wird ich hier nicht eingehen. Es muß aber her-vorgehoben werden, daß auch bei Ausführung von Hoch-bauten häufig regelrechte Spundwände aus eingerammten Pfählen und starken Hölzern oder Wellblech hergestellt werden müssen, um die Grube gegen das seitliche Gering-breden des belasteten Bodens wie gegen den Zubrang des Grundwassers zu sichern.

Nicht unmittelbar mit dem Ausschachten der Grube, aber doch auch durch diese Arbeiten mit bebingt, hängt die Ausführung einer anderen Art Abstützung zusammen, die

man namentlich häufig in Großstädten mit hohen Gebäuden sehen kann. Wenn bei geschlossener Bebauung ein zwischen zwei anderen Gebäuden liegendes Haus abgetragen wird, so ist es notwendig, die Giebelwände der beiden Nachbar-häuser, die sich bis dahin an das niedergelegte Gebäude angelehnt haben, gegeneinander abzuspreizen, bis die Rinde wieder durch den Neubau gefüllt ist. Das alte Haus sah gleichsam wie ein Keil zwischen den beiden Gebäuden, und da es niedergelegt ist, muß nun für einen anderen probi-torischen Keil gesorgt werden. Für diese Verstärkung wird schon nach Abbruch der obersten Geschosse des alten Ge-bäudes gesorgt, indem man einige alte Balken für diesen Zweck zurichtet. Die Verstärkung besteht meist aus horizontalen oder etwas geneigt gelegten Balken, mit welche mittels Streben auf beiden Seiten mit kreuzweis gelegten, gegen die beiden Giebel-wände fest angebrachten Hölzern verbunden sind. Da hierdurch die Tendenz der Gebäude, sich nach der frei-gelegten Stelle zu neigen, aufgehoben wird, so kann man beim Ausschachten des Bodens, sofern dieser überhaupt tiefer geführt wird, schon mit größerer Sicherheit an die Nachbargebäude herangehen. Jede Vernachlässigung der Aufgabe aber rächt sich bitter, da man nicht nur leicht mit dem Staatsanwalt in Konflikt kommen kann, sondern auch den benachbarten Hauseigentümern den Schaden zu ersetzen hat. Und dieser besteht nicht immer nur in der Beschä-digung des Gebäudes, (Bildung von Rissen), sondern auch in Mietverlusten — wenn nämlich die Anwohner durch den Neubau demnach gefährdet werden, daß die Polizei die Räumung der benachbarten Wohnungen anordnet. Viele können über dieses Thema ein Klagebuch führen.

aber — fügte Feuer hinzu. — unsere späteren Nachkommen werden Vergeltung üben für alles, was wir durch die Gewerkschaften haben erdulden müssen. — Das klingt ordentlich schauerlich; Herr Feuer hat aber auch nicht den sanftesten Ton für die Gewerkschaften erbracht, denn sie und ihr Terrorismus sollen zerschellen an dem Vollwerk, das die „Arbeitgeberverbände“ darstellen.

Dass sich die Unternehmer zu Vereinen und Verbänden zusammenschließen und auf ihren Tagen beraten, wie sie sich am besten ihrer Saut wehren, dagegen läßt sich kaum etwas einwenden. Was uns aber immer noch beunruhigt, ist das, daß sie niemals die von ihnen angewendeten Mittel auf ihre Menschheit und moralische Zulässigkeit prüfen, und ihr zweites Wort ist immer der „Terrorismus“ der Gewerkschaften; daß sie selbst aber den gerechtesten Terrorismus berufen, gegen Angehörige ihrer Klasse sowohl als gegen die Arbeiter, daß sie nicht vor Vertragsbruch zurückweichen, wenn es in ihren Stam passt, daß sie Arbeiter ausgrenzen und daß sie nicht nur auf die Geheiß des Anstandes, sondern auch des bürgerlichen und kriminalrechtlich freien — alles dies scheint unseren Herren „Arbeitgebern“ nach gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Man dürfte erwarten, daß man endlich einmal auf den Tagen der Unternehmer — seien es Innungs-Verbands- oder Arbeitgeberbunds-Generalversammlungen — Männer wie Feilich, Feuer, Entle, Rummert u. a. ihre fein abgelebte Moralität in die Waagschale werfen und ihren Bundesbrüdern sagen würden, was die Grenze ist, über die hinweg man das Gebiet des Terrorismus, des Vertragsbruchs und der gemeinsten Egoisten betritt.

Wir haben in vergangener Zeit mehrere fiasche Fälle von Vertragsbruch und Terrorismus der Unternehmer zu registrieren und zu bezeichnen gehabt. (Wir erinnern nur an Halle, Gießen, Bremen.) Was wir ist ein Wort davon in die Öffentlichkeit gedrungen, daß der Vorstand des „Arbeitsverbands“ oder des Innungsverbandes Veranlassung genommen hätten, ihre Mitgliedschaften auf den richtigen Weg zu weisen. Jetzt sind einige Mitgliedschaften dieser Organisationen wieder auf dem besten Wege, die Vertragsbruchsstatistik zu erweitern. Der „Kleiner, der Vertragsverband“ sucht es zwar abzuleugnen, daß sein Dekret über die Stilllegung der Bauten ein Aussperrensbeschluss sei, aber der Herr Rummert, der als Vorsitzender des „Norddeutschen Bauarbeitervereins“ zeichnet, hat es in einer schwachen Stunde, als er wahrscheinlich von dem beratenden Geist seines Sekretärs verblenden und sich selbst überlassen war, ausgesprochen, daß in Kiel eine Aussperierung aller Gesellen und Arbeiter des Baugewerbes beabsichtigt. Ausgerechnet in Kiel, wo vor einigen Jahren die Innung Zeter und Mord schrie über Vertragsbruch der Maurer und Zimmerer, obwohl zwischen den Organisationen dieser Arbeiter und der Unternehmerorganisation damals gar kein Vertrag bestand. Heute, da Verträge aller Bauarbeiterkategorien mit der Innung, und da es sich um ein und dieselben Unternehmen handelt, auch mit dem „Arbeitsverband“, geschlossen sind, bewirkt man eine limitierte Aussperierung, und hinter die entlassenen Arbeiter schickt man Aussperrierschreiben. Rummert bezieht einfach durch „Zirkularnote“ den Mitgliedern der Innungen und „Arbeitsverbände“, die aus Kiel kommenden Gesellen und Arbeiter des Baugewerbes dürft ihr nicht in Arbeit nehmen. Wenn dann noch die Unternehmerverbände ein übriges tun und — wie jüngst aus Gießen berichtet wurde — den entlassenen Streikenden einen Liasbrief in Gestalt eines gelblichroten Zwischenscheins mit auf den Weg geben, so haben sie ein wahres Feindbild vollbracht.

Nicht minder Vertragsbrüche trägt der Vorstand des „Arbeitsverbandes“ an der Unterwerfung in seinem Busen. Diesen Herren hat es der Bauarbeiterstreik in Delmenhorst angetan. Statt den dortigen Unternehmern zuzureden, daß sie die geringen Forderungen der Streikenden bewilligen, stellt sich der Vorstand des Unternehmerverbandes auf den Standpunkt, daß unbefristet um Verträge die baugewerblichen Arbeiter des ganzen Bezirks ausgespart werden sollen, um den Widerstand in Delmenhorst zu brechen. Herr Kistner, einer der Unternehmerführer in Bremen, hatte neulich auf dem Bezirksverbandstage in Kiel noch einige „moralische“ Bedenken gegen allgemeine Aussperierungen, wenn die eine oder die andere Organisation im Vertragsverhältnis steht, inzwischen scheint diese Moral aber verflüchtigt zu sein. Aber selbst wenn sie standhalten sollte, wäre schon eine Drohung mit der Vertragsbruchsstatistik unzulässig.

Wir stellen diese Betrachtungen nicht an in der Hoffnung, die Unternehmer auf einen anderen Weg zu leiten; wir haben es aber für angebracht gehalten, ihnen wieder einmal einen Spiegel vorzuhalten, damit sie sehen, was sie sind: elende Heuchler, nämlich dann, wenn sie über „Terrorismus“ und „Vertragsbruch“ der Arbeiter freisprechen.

Dem Moral und Gütlichkeit beherrschenden Treiben der Unternehmerverbände ein halt zugucken, vermögen wir heute noch nicht. Dazu sind die Arbeiterorganisationen heute noch zu nachlässig. Aber die Zeit wird kommen, und dann wird es für die „Arbeitsgeberverbände“ heißen: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht!

In Strassburg tagte der achte Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag. Vertreten waren 71 Kammern. Der Tätigkeitsbericht des geschäftsführenden Ausschusses enthält einige sozialpolitische Mitteilungen. Danach sind die Arbeiten zu dem Zweck, den selbständigen — Handwerker, welche von der Weiterverfertigung ausgeschlossen sind, die Selbstverfertigung leichter zugänglich zu machen und besserer Einführung von höheren Lohnklassen, zum Abschluß gekommen. Die Umfrage hat ergeben, daß die Zahl derjenigen Handwerker, die am 1. Januar 1900 bereits das 40. Lebensjahr überschritten hatten, also von der Selbstverfertigung nach dem geltenden Recht ausgeschlossen sind, viel zu gering ist, als daß die auf eine nachträgliche Ermöglichung der Selbstverfertigung gerichteten Bestrebungen Aussicht auf Erfolg haben könnten. Ähnlich liegen

die Verhältnisse hinsichtlich der Veranlassung der bei der Selbstverfertigung zufälligen Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter von 2 auf 5 und der Herabsetzung der bei der Selbstverfertigung vorgezeichneten Maximalzahl von 500 Wochen (bei der Inhabitenberechnung) auf 300 Wochen. Hierzu kommt noch, daß die Reichsregierung sich den beiden letzten Forderungen gegenüber durchaus ablehnend verhält. Der Ausschuss beschloß daher, hinsichtlich der Ermöglichung der Selbstverfertigung keine weiteren Schritte zu tun, sondern sich auf die Forderung neuer Lohnklassen zu beschränken. Dies ist in einer Eingabe an den Reichstag und an die Bundesregierungen bereits geschehen. Aus den gleichen Erwägungen heraus glaubte er den Antrag einer Handwerkskammer, auf eine Herabsetzung der Maximalzahl bei der Selbstverfertigung auf 200 Wochen, wie bei der Zwangsverfertigung, hinzuwirken, nicht fassen zu können. Als Material zur Reform der „Krankenerkrankung“ wurden Erhebungen über die in Deutschland bestehenden Innungsentscheidungen in die Wege geleitet.

Ueber den Entwurf betreffend die Sicherung der Bauhandwerker referierte Herr Moritz Dornmund. Er führte a. a. aus:

„Das furchtbare Elend in Baugewerbe habe schon seit Jahren nach einer geordneten Regelung förmlich gequälert. Seit 1895 beschäftigt man sich denn auch in den gesetzgebenden Körperschaften mit dieser Materie. Es waren bereits 1901 zwei Entwürfe eingebracht, die wieder zurückgezogen wurden. Allerdings konnte die Regierung der Vorwurf nicht erheben werden, daß sie in der Verfolgung dieser Angelegenheit nicht immer die nötige Eile und Energie gezeigt habe. Zu dem freilich, der Entwurf von 1903 habe der Ausführung im wesentlichen zustimmend ausgeprochen. Namentlich sei der Entwurf der Reichsregierung herausgenommen, und in diesem Sinne auch die wichtigsten Wünsche der Handwerksvereine berücksichtigt worden. Aber der Entwurf habe noch eine Reihe von Mängeln. Die bedeutendste Bestimmung des Entwurfs ist die Aussperrung des Bauvermerks zur Stellung einer Sicherung.“

Der Entwurf legt nicht den Bauhandwerkern und Bauhilfskräften das Handwerk, sondern der § 4 gibt ihnen gerade Gelegenheit, das Gesetz zu umgehen. Sie werden reichlich von diesem Paragraphen Gebrauch machen. In den Motiven zum Entwurf wird zwar gesagt, es müßten doch lediglich gute Zustände bestehen, wenn ein Bauvermerk im Hande sei, 25 v. d. Bauvermerk als Sicherheit in barem Gelde zu hinterlegen. Das wäre allerdings berechtigt, wenn es sich um das eigene Geld des Bauunternehmers handelte. Aber in der Regel ist derselbe doch nur der Strohmann der Schuldinhaber, die sich ganz gern den Betrag als Kaution zur Verfügung stellen. Es sind nun Einzelvorschlüsse gemacht worden zur Sicherung der Bauhandwerker. Der eine geht dahin, daß jeder Bauunternehmer ordnungsgemäß Buch führen müsse, und daß die Verwendung der Baugelder zu anderen Zwecken unter Strafe gestellt werden müsse. Es werde nie jemand gegen diese Bestimmung etwas einzuwenden haben. Aber wer da glaubt, daß diese Mittel etwas nützen würden, der kennt den Bauhandwerker nicht. Diese Elemente scheitern vor einer Befragung nicht zurück, wenn sie nur ihr Schicksal ins Trockene bringen. Was nützt dem Bauhandwerker hinterher die Bestrafung? Auch mit der Durchführung ist nicht viel erreicht. Da würden die Leute nur zweifeln, ob sie nicht wieder führen.“

Folgende Resolutionen fanden Annahme: Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag erachtet den vorliegenden Entwurf des Gesetzes zur Sicherung der Bauhandwerker im allgemeinen als eine brauchbare Grundlage zum Schutz der Bauhandwerker. Er erkennt auch an, daß der Entwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt Verbesserungen vor dem 1905 bereitgestellten voraus hat. Doch hält er weitere Änderungen zur Erzielung eines wirksamen Schutzes der Bauhandwerker für möglich und notwendig. Insbesondere ist seines Erachtens die Berücksichtigung nachstehender Forderungen dringlich geboten:

1. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag teilt die in den Kreisen der Sachverständigen neuerdings sehr betonten Bedenken gegen die durch § 4 des Entwurfs gebotene unbefristete Möglichkeit zur Annahme begünstigter Auszahlung der mittleren und kleineren Baugewerbetreibenden. Er hält daher die Befristung dieser Vorrichtung für unbedingt notwendig.

2. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag erachtet, im dem Umfange, daß der Vortrag der Baugeldhypothek (§ 22) ohne Rücksicht darauf eintritt, ob eine gleichmäßige Verfertigung der Baugeldgeber erfolgt oder nicht, eine Veranlassung des zur Verfertigung verpflichteten Bauhandwerkers gegenüber den Baugeldgebern und wünscht, daß der Vortrag der Baugeldhypothek der gleichmäßigen Verfertigung der Baugeldgeber pro Rata ihrer Leistungen abhängig gemacht wird.

3. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag erachtet mit Rücksicht auf die einschneidenden Wirkungen dieses Gesetzes in wirtschaftlicher Hinsicht vor der landesherkömmlichen Verordnung, durch welche die Geltung des Gesetzes für einen Gemeindegemeinde eingeführt wird, die Einführung der zuständigen Handwerkskammer über die Bedürfnisfrage als ein dringendes Erfordernis.

4. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag hält es für wünschenswert, daß in den Gesetzentwurf außer den Neubauten auch Ersatzbauten aufgenommen werden.

5. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag hält es für notwendig, daß die Fassung des § 11 vereinfacht und der Schutz der Nachkommen so weit eingeschränkt wird, als Drittgläubiger vorhanden sind.

Zur Reform der Arbeiterverpflichtungsgesetze wurde folgende Resolution beschlossen:

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag vernagt die Notwendigkeit einer Zusammenlegung der drei Arbeiterverpflichtungsgesetze nicht anzuerkennen. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die durch Reichsgesetz eingeführte staatliche Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, abgesehen von einigen Mängeln, denen jedoch auf dem Boden der bestehenden Organisation ab-

geholfen werden kann, im allgemeinen bisher ihren Zweck erfüllt und auch der organisatorische Ausbau derselben sich grundräftig bewährt hat. Der Handwerks- und Gewerbeamtstag erachtet sich entschlossen dagegen, daß eine etwaige Vereinfachung der Arbeiterverpflichtungsgesetzgebung durch Aufhebung der gewerblichen Berufsversicherung oder Beeinträchtigung ihrer Selbständigkeit angestrebt wird, zumal eine Vereinfachung der Berufsversicherung nicht nur die Vereinfachung mit der Invalidenversicherung nicht nur die Vereinfachung einer von den selbständigen Handwerksmeistern geschätzten Einrichtung, sondern auch für die Arbeitnehmer eine Verabschießung ihrer Rentenanprüche zur Folge haben würde. Nach wie vor hält der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag eine Abänderung des § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes vom 30. Juni 1900 nach der Richtung hin für dringlich und unbedingt notwendig, daß anstatt der weiteren Ansammlung des Reservefonds der gewerblichen Berufsversicherung der künftige Jahresbedarf auf dem Umwege aufgebracht wird.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag nimmt bestimmt an: 1. Daß bei einer etwaigen Reform der Arbeiterverpflichtungsgesetze der gewerblichen Berufsversicherung unter allen Umständen der Selbstverwaltungsbereich erhalten bleiben. 2. Daß den Organisationen der Industrie und des Handels Gelegenheit gegeben wird, sich auf Grund ihrer Sachkenntnis und Erfahrungen zu der in Aussicht genommenen Reform zu äußern und daß ihnen zu diesem Zweck genügend Zeit gelassen wird. 3. Daß die Bestimmungen des § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes vom 30. Juni 1900 abgeändert werden, daß die letzten Berufsverpflichtungsgesetze den Berufsorganisationen unbedingte Rechte aufzulegen.

Die Herren hatten sich die Mühe dieser Beschlüsse nicht zu lassen. Denn es steht fest, daß die Regierung einfließen ist, die Zusammenlegung der Arbeiterverpflichtungsgesetze nicht vorzuschlagen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die abnorme Entwicklung des diesjährigen Getreidemarktes: Vorräte, Entschüttungen, Preise für nahe und ferne Termine. — Vereinerung der Lebenshaltung und rückgängige Konjunktur.

Der Getreidemarkt ist selten so widerspruchsvollen Bewegungen unterworfen gewesen wie dieses Jahr, und allem Anschein nach, stehen wir noch nicht am Ende der Verunsicherung. Dabei zeigte sich beim Roggen das Auf und Ab der Preise noch viel launhafter und unberechenbarer als beim Weizen, und zwar bei gerade Deutsches Land als Roggenmarkt das allerschwerste Bild.

Die größte Empfindlichkeit des Roggenmarktes ist von vornherein leicht erklärlich. Der Roggen ist bekanntlich im Anbau wie im Absatz im Angebot wie in der Nachfrage, viel weniger international als der Weizen. In den überseeischen Gebieten, die sonst die größten Getreideüberschüsse aber in Gefahr von Mangel und Weizen — nach außen hin versenden, wird Roggen kaum angeboten. Auch England, ferner die romanischen Staaten im europäischen Westen und Süden erzeugen und verbrauchen entwerder gar keine oder nur unbedeutende Roggenmengen. Außerdem, Deutschland, Österreich-Ungarn, sind die einzigen großindustriellen Produktionsgebiete; sie unterliegen in weiten Teilen sehr ähnlichen Wetterverhältnissen und selbst bei verhältnismäßig Günst und Ungünst des Wetters ist hier ein Preisrückgang natürlich viel weniger wahrscheinlich als beim Weizen und bei einer Witterung der verbleibenden, mannigfaltigen Erträge. Daher die schon fast beobachtete geringere Stetigkeit des Roggenpreises.

Für Deutschland kam diesmal hinzu, daß es sich den Anfang an auf verhältnismäßig geringe, noch von freier her überkommene Vorräte stützen konnte, und daß es diese Vorräte immer wieder in ganz beträchtlicher Menge nach Ausland abließ, das in normalen Zeiten aus seiner Hauptfunktion auftritt, nämlich jedoch, von Mägen und inneren Zuständen heimgeführt, selber freier Zufahren über die nächsten Häfen zu bedürfen. Waren in Deutschland, die beiden letztjährigen Ernten (für 1903 und 1906) keine gütigen, so waren sie für Ausland geradezu spottgünstig gewesen. Der Ertrag an Roggen wurde nämlich geschätzt

	1904	1905	1906
in Deutschland . . .	100,61	96,07	96,26 Mill. dz
„ Ausland	218,16	190,31	177, . . .

Die russischen Preise zogen in der Tat zunächst viel rascher und bestiger an als die deutschen, so daß — in Verbindung mit unseren Eisenbahnstarren und unserem Einfuhrschutzhem — das Abströmen von Getreide aus Deutschland nach Ausland — lohnend wurde. Dadurch lichteten sich die schmalen deutschen Vorräte vollends in kaum je gekanntem Maße. Wer tatsächlich Roggen sofort braucht oder sich infolgedessen auf Lieferungen für jene Übergangszeit festgelegt hatte, mußte die höchsten Preissteigerungen für „hochbare Ware“ machen. Aber zunächst hielt man die kleinen Mengen für vorübergehend. Die Zufuhren aus den neuen Ernten konnten nicht allzu lange mehr ausbleiben und im großen und ganzen schätzte man die bevorstehende Ernte damals nach manchen Schwankungen zwar nicht als glänzend, aber doch auch noch immer nicht als schlecht ein. So kamen wir zu Hochpreisen für sofortige oder nahe Lieferungen neben relativ niedrigen Preisen für spätere Lieferungen und damit schließlich zu einem Preisabstand für „nahe und ferne Termine“, wie er wohl noch niemals

Seit der Aufhebung des Identitätsnachweises (Gesetz vom 14. April 1894), erhält der Exporteur von Getreide jedesmal eine Weisung (Einfuhrschein), gegen die später ohne Zollentrichtung eine entsprechende Getreidemenge wieder eingeführt werden darf. Der Schein geht natürlich von Hand zu Hand und gewinnt einen Wert, gleich dem Zoll, erleichtert also entsprechend die Ausfuhr.

jede Ersparnis kommt auch ihm zu gute. Ist es aber erst einmal gelungen, den Willen des Arbeiters auf die Gemeinlichkeit der Interessen des Betriebes und seiner eigenen zu lenken, so ist der erste Schritt zu einem gegenseitigen Zusammenarbeiten von Arbeiter und Unternehmer getan. Dieses „neue Entlohnungssystem“ ist nun im Grunde betrachtet nichts anderes als ein modifiziertes Affordarbeits-System, das mit Massiment auf die mögliche Ausnutzung der Arbeitskraft gerichtet ist. Eine höhere Entlohnung des Arbeiters verbürgt es nicht; es bietet nicht einmal mit Sicherheit das, was das gewöhnliche Gewinnbeteiligungssystem bietet. Was man nur einmal Versuche mit ihm, und es wird sich zeigen, daß es so wenig, wie irgend ein anderes Lohnsystem geeignet ist, die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ herbeizuführen. Es ist ja geradezu darauf berechnet, daß der eine Arbeiter der Antreiber des anderen wird in der Meinung, damit für die Erlangung möglichst hoher „Zeilbeträge“ zu wirken. Und was die Arbeiter etwa mehr erhalten sollten, das geht nicht auf Rechnung der Profitrate des Unternehmertums, sondern umgekehrt, eine Erhöhung dieser Rate auf Kosten seiner Arbeitskraft.

Vergewaltigung von Arbeitern. Sechzig Prozent Dividende hat die Alster-Hütte ihren armen, notleidenden Aktionären bezahlt. Zu diesem Werte gehörte auch die bei Gossard gelegene Eisenhütte „Grosz-Friedrich“. Die in ihr beschäftigten Vergleute haben bei zwölfstündiger Arbeitszeit einen kärglichen Lohn. In der richtigen Erkenntnis, daß nur durch die Macht der Organisation bessere Arbeitsbedingungen erlangt werden können, schlossen einige Vergleute sich dem Vergewaltigerverband an. Aber diese „Freiwilligen“ wurde schamlos getötet. Die Verwaltung erließ folgende Bekanntmachung:

Wie der Vergewaltiger bekannt sein wird, haben sich verschiedene Grubenarbeiter einem Arbeiterverbande angeschlossen. Ich habe hier von der Direktion der Alster-Hütte Mitteilung gemacht und die Nachbarn erhalten, daß ich jeden Arbeiter, der einem sozialdemokratischen Verbande als Mitglied angehört, und seinen Austritt aus diesem Verbande innerhalb acht Tagen nicht vollzogen hat, sofort hängen soll. Ich fordere hiermit jeden Grubenarbeiter auf, mir Mitteilung innerhalb dieser Woche zu machen, daß derselbe dem Verbande nicht angehört oder aus demselben ausgetreten ist. Wer glaubt, dieses nicht tun zu können, muß am 31. August 1907 die Werksarbeit verlassen.

Neun Arbeiter, die nicht zu Kreuze kriechen wollten, wurden erschossen. So verbindet der Kapitalismus Ausbeutung mit Ordnungspolitik.

Freiwillig und Arbeiter. Die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht folgende Zusage eines Arbeiters:

Ich bin Mitglied eines Gewerksvereins (G.D.). Nach unserem Statut ist unsere Organisation politisch neutral. Ich persönlich aber bin demokratischer Gesinnung, wie wohl die erdrückende Mehrzahl aller mehr als 100000 Arbeiterkollegen, die sich dem Gewerksverbande angeschlossen haben, meine Meinung über die gegenwärtige Wahlrechtsfrage auszusprechen. Wir Arbeiter, die wir nicht zur Fäulnis der Wahlrechte, sondern zu deren Erneuerung für eine alte demokratische Forderung doppelt zu schämen, wo immer die größte Teil der freisinnigen Presse in dieser Beziehung vollständig versagt. Sie glauben gar nicht, wie uns das Auftreten einiger Freisinnigen genügt, die als die freisinnigen Wähler davon abreden wollen, die allgemeine direkte geheime und gleiche Wahl für Frauen zu verlangen. Es scheint so, als wären diese Herren die Arbeiter, die noch nicht sozialdemokratisch sind, mit Gewalt von den Kapitalisten und von ihren Nachbarn abzuwickeln. Diese Freisinnigen mögen sich darüber nicht täuschen: Wenn die freisinnige Volkspartei auch in dieser Frage nicht über die Hand, dann wird ihr kein Arbeiter mehr über den Weg trauen.

In unserer Fachpresse wird diese Frage leider nicht eingehend genug behandelt. Vielleicht, weil man denkt, man will dem Statut treu bleiben und nicht in Politik machen. Das ist aber eine falsche Auslegung des Statuts. Denn wir können uns sozial nicht verbessern und alle unsere sozialen Beziehungen schweben gleichsam in der Luft, wenn wir gar keinen Einfluß auf das Parlament und auf die Abgeordneten ausüben wollen. Wir als Arbeiter müssen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus haben. Das gibt uns erst die Möglichkeit, unsere sozialen Gewerkschaftsbestrebungen vermöge der Gesetzgebung so zu fördern, wie wir es gern möchten.

Den Herren von der freisinnigen Fraktion, zu der ja auch unser Verbandsvorsitzender gehört, möchte ich im Sinne von Behtaufenden von Arbeitern zurechnen: Spielt nicht mit unseren berechtigten Forderungen, als ob wir nichts bedeuten! Es könnte dem Freisinnigen einen argen Stoß versetzen, wie er ihn noch nie erlebt hat.

Wir glauben nicht, daß diese Mahnung auf die Kaufschuttpolitik des Freisinnigen Eindruck macht. Wenn der Freisinniger nicht zur Fäulnis der Wahlrechte, sondern zu deren Erneuerung für eine alte demokratische Forderung doppelt zu schämen, wo immer die größte Teil der freisinnigen Presse in dieser Beziehung vollständig versagt. Sie glauben gar nicht, wie uns das Auftreten einiger Freisinnigen genügt, die als die freisinnigen Wähler davon abreden wollen, die allgemeine direkte geheime und gleiche Wahl für Frauen zu verlangen. Es scheint so, als wären diese Herren die Arbeiter, die noch nicht sozialdemokratisch sind, mit Gewalt von den Kapitalisten und von ihren Nachbarn abzuwickeln. Diese Freisinnigen mögen sich darüber nicht täuschen: Wenn die freisinnige Volkspartei auch in dieser Frage nicht über die Hand, dann wird ihr kein Arbeiter mehr über den Weg trauen.

Landarbeiter-Geld. Auf einem Gutshofe in Bruckdorf bei Halle hat eine gerichtliche Besichtigung von Arbeiterwohnräumen stattgefunden, die recht schlimme Zustände aufgedeckt hat. Veranlaßt war die Besichtigung durch die Berufungen von fünf deutschpolnischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die vom Amtsdorfer Strafmandat über je 15 erhalten hatten, weil sie Anfang Juli ihren Dienst bei dem betreffenden Bruckdorfer Gutshofe unbefugt verlassen haben sollten. Die Leute erklärten, sie seien durch unerträgliche Wohnungsverhältnisse gezwungen worden, ihren Dienst auf dem Gutshofe nach dem Ablauf der kontraktlich bis zum September festgesetzten Dienztzeit aufzugeben. Die Besichtigung der Räume hat nun nach dem gerichtlichen Protokoll folgendes höchst unangenehme Bild ergeben: Ein Raum, in dem ein Ehepaar mit zwei jungen Mädchen zusammen hausen mußte, war sehr beengt. Die Luft in dem nur mit einem Fenster versehenen Raum war sehr schlecht. Ein Fensterflügel war ausgebrochen, die Fensterhebeln durchlöcher und mit Kappstücken verklebt. Von der Decke waren mehr oder minder große Klümpchen herabgefallen. Ein Dachraum, in dem ein unterbezahlter Arbeiter zubringen mußte, war ohne Zugangstür und wies faulige Öffnungen in Dach und Wand auf. Der Arbeiter war Wind und Wetter ausgesetzt. Der Raum war sehr schmutzig, gesundheitswidrig und obenrein feuergefährlich. In der Berufungsverhandlung gab der Vorsitzende bekannt, daß nach Gesetzesbestimmungen vom 11. Mai 1850 aus städtischen, Gruben-geborene Schlafräume für Ehepaare, für männliche und weibliche Einzelpersonen sowie für Jugendliche erforderlich sind. Leider habe der Bruckdorfer Amtsdorfer nach dieser Richtung hin keine Verordnung erlassen. Aus Anlaß der gerichtlichen Besichtigung sei aber eine derartige Verordnung in Vorbereitung. Die Verhandlung endete mit Freisprechung der fünf Angeklagten. Sämtliche Kosten wurden dem Gutshofe zur Last gelegt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, nicht die fünf Arbeiter, sondern der Gutsherr habe sich strafbar gemacht, weil er ihnen polizeiliche und gesetzwidrige Wohn- und Schlafräume angewiesen habe.

Auch da wundern sich gewisse Leute über die Landflucht der Arbeiter! Wie viele aber mag es geben, die sich behandeln lassen wie schlechter als Vieh?

Angabe des Arbeitereinkommens in Preußen.

Zu § 23 des Einkommensteuergesetzes hat der preussische Finanzminister eine neue Ausführendenweisung erlassen. Dieser Paragraph, der sich auf die Angabe des Arbeitereinkommens durch die Unternehmer bezieht, ist durch eine Novelle im laufenden Jahre in verschiedenen Punkten abgeändert worden. Die neue Anweisung bestimmt u. a.: Zunächst sollen die sogenannten Konsumisten gemäß den neuen Bestimmungen der Steuerbehörde ermittelt werden. Die hierzu erforderlichen Angaben sind von den Unternehmern einzuholen, wenn nicht schon durch die Personalstandsangaben die erforderliche Kenntnis erreicht worden ist. Eine Verpflichtung des Unternehmers zur Auskunftserteilung besteht nur in soweit, als das von dem Arbeiter bezogene Einkommen ihm im einzelnen bekannt sein muß. Von der Einforderung von Auskünften der Unternehmer ist wie bisher nur in soweit Gebrauch zu machen, als solche für die Zwecke einer sachgemäßen Veranlagung erforderlich ist. Insbesondere ist auch eine allfällige Wiederholung der Befragung der Unternehmer einzuhalten, sofern die Auskunft für ein früheres Jahr zur Herbeiführung einer zutreffenden Veranlagung ausreicht für das in Betracht kommende Steuerjahr ausreichenden Anhalt gewährt. Die Anfragen sollen, in möglichst entgegenkommender und einfacher Form erfolgen; bei der Erstellung der Auskunft sind den Unternehmern alle mit der Erreichung des erstrebten Zweckes irgend vereinbaren Erleichterungen zu gewähren. Die Prüfen für die Verantwortung der gestellten Fragen sollen in verständiger Weise und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Falles gestellt werden.

Sozialdemokratische Kundgebung in Ungarn. Die Vertrauensmänner der ungarischen Sozialdemokratischen Partei haben eine allgemeine Arbeitseinstellung in ganz Ungarn für den 10. Oktober, den Eröffnungstag des ungarischen Parlaments, beschlossen. Der Zweck der Arbeitseinstellung ist, die ungarische Regierung zu einer bindenden Anerkennung in der Angelegenheit des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zu veranlassen, dessen Verwirklichung mit wichtigen Gründen hinausgeschoben wird. Gleichzeitig wurde die intensifste, sich auf das ganze Land erstreckende Agitation unter den Arbeitern beschlossen.

Das Organ der Sozialdemokraten, „Nepszava“, veröffentlicht einen Aufruf an das Volk Ungarns, in welchem gegen die derzeitigen nationalen und revolutionären Führer der Nation die schwersten Vorwürfe erhoben werden. Die Koalition sei ein Feind des Volkes. Der Sozialismus mache sich immer breiter, die Agrarier würden immer noch dreister; Brot und Milch sind Luxusartikel geworden, die Arbeiter würden zu Hundern erniedrigt. Gegen diese Zustände soll eine allgemeine Arbeitseinstellung im ganzen Lande Stellung nehmen. Die Eröffnung des Parlaments muß im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts erfolgen. An diesem Tage muß jede Tätigkeit im Lande ruhen, und die Arbeiter müssen ihren Willen in Versammlungen und Kundgebungen zum Ausdruck bringen. Am 10. Oktober beginnt ein richtiger revolutionärer Kampf, damit das Programm der Regierung und das in feierlicher Forderung gegebene Versprechen verwirklicht werde. „Treibt das Volk nicht“, so schließt der Aufruf, „in Revolution. Erfüllt, worauf ihr Euer Wort gegeben. Auf zum Kampf! Es lebe die revolutionäre Sozialdemokratie!“

Die politische Betätigung der englischen Gewerkschaften macht Fortschritte. Der letzte Kongreß der Trade-Unions hat u. a. die Regierung aufgefordert, in gewissen Industrien einen Mindestlohn festzusetzen. Der Kongreß sprach sich ferner zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages oder der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche aus und bekundete seine Unzufriedenheit darüber, daß die Regierung bisher noch keinen Plan für Alterspensionen entworfen habe. Der

Schachfänger müsse aufgefordert werden, in das nächste Budget eine Summe einzustellen, die eine Zahlung einer Mindestpension von fünf Schilling pro Woche an alle Personen im Alter von 60 Jahren und darüber ermögliche. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Andererseits waren die Trade-Unions durchaus gegen Zwangsgleichschickung und Zwangsversicherungen. Der Antrag, die Schulen vollständig unter Volkskontrolle zu stellen und den religiösen Unterricht auszuscheiden, führte zu längerer, lebhafter Debatte. Die Trade-Unions entschieden sich schließlich mit 1239 000 vertretenen Stimmen gegen 128 000 Stimmen zu Gunsten des religionslosen Unterrichts.

Man sieht, die Trade-Unions werden immer mehr auch ein politischer Faktor. Der Beschluß, betreffend das Schulwesen, beweist, daß sie den Bann religiöser und konfessioneller Vorurteile gedrohen haben.

Rassenkämpfe in Amerika. In Vancouver in British-Kolumbien ist zwischen den Japanern und den anglosächsischen Arbeitern ein förmlicher Rassenkampf ausgebrochen. Die geschehene Körperhaft von British-Kolumbien hatte ein Gesicht angenommen, durch das Japaner und Chinesen aus Kanada ausgeschlossen werden. Der Gouverneur James Dunsmuir aber verweigerte seine Unterschrift unter das Gesetz, das die Japaner, die Verbündeten Englands, auf dem gleichen Fuß mit den chinesischen Kulis behandelte. Der Bevölkerung, der aus wirtschaftlichen Gründen vor der japanischen Masseneinwanderung noch mehr als vor der chinesischen bange ist, bemächtigte sich größte Erregung. Auf öffentlicher Straße wurde Gouverneur Dunsmuir in effigie verbrannt. Dann begann der Sturm gegen das Kistenviertel und die blutigen Ausschreitungen setzten ein. Japanerblut floss in Strömen. Die Japaner und Chinesen setzten sich zur Wehr. Die Japaner teilten der Behörde mit, daß sie sich selbst verteidigen würden, da der Schutz der Polizei unzureichend sei. Eine japanerfeindliche Volksmasse will das Land von Kulis von einem demnächst zu erwartenden kanadischen Pacificdampfer gestaffelt verbrennen. Mehrere hundert Hülfspolizisten wurden vereidigt. Die Miliz wird wahrscheinlich einberufen werden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, die die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Ochsenwälder (Sperren über Blecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Kiel (Aussperrung), Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling (Streiks), Bordesolm, Voerde (Differenzen), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Flensburg (Zimmererstreik), Sonderburg (Sperre über Will, Neubau Göthestr.);

Mecklenburg:

Silze (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Korf);

Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rohfeld, Kreiskrankenhaus);

Pommern:

Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperre über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard, Arnswalde (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreussen:

Marionwerder (Differenzen), Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeyer und Schmidt), Gumbinnen (Bauarbeitersperre über Wölling);

Posen - Schlesien:

Schwersenz (Sperren über Höß, Iwan, Anders und Manjowski), Muskau (Sperren über Stülz-nagel und Lau), Militsch (Sperre über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Neusalzbrunn (Sperre über Täsler), Ohlau (Sperren über Rother, Jander und Salzborn), Antonienhütte (Sperre über Jauch), Oppeld (Sperre über Kloss);

Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, M. Steyskal in Möckern, Schrotstrasse, Otto Ange, Ecke der Elisen- und Fichte-strasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse, Hermann Kögel in L.-Gohlis, Landsbergerstr. 14, Er. Probst & Co., L.-Gautsch, Spinnereistrasse, Schneeburg (Sperren über G. Heckel in Schneeburg, Lahn in Aus, Bau liegt in Niederschlema, und über den Fabrikneubau in Oberschlema, Unternehmer Sander), Mülsen (mehrere Sperren);

Thüringen:

Jena (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Erfurt (Aussperrung), Quedlinburg (Sperre über die Kassernbanten des Unternehmers v. d. Fähr), Magdeburg (Bauarbeitersperre über Stödtor), Langensalza (Sperre über Zeitzsch);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks),
Celle (Aussperrung); Salzgitter (Sperrung über
Hönerbach), Fallingb. (Sperrung über Bostel-
mann), Braunschweig (Bauarbeitersperre über
Koldenich), Salzuflen (Sperrung über Bröcker).

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperren);

Rheinland:

Crefeld, Dellbrück (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperrung
über die Kolonibanten von Gebr. Meier),
Schwelm (Sperrung über Müller), Cöln-Vallendar
(partielle Streiks);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Gernsheim (Streiks), Rüdeshelm-Geisen-
heim (verschiedene Sperren), Weisenau (Dis-
senzen), Offenbach a. M. (Sperrung über die Bantzen
der Zementfabrik);

Elsass-Lothringen:

Hagenau (Streik), Strassburg (Sperrung über Frey);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmers-
bach (Sperrung über den Schmelzbaubau);

Bayern:

Plattling (Streik), Selb (Sperrung über Jäger & Werner),
Freilassing (Sperrung über Gerbl), Wasserburg
(Sperrung über Rübauer);

Fleisenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperrung über die Zwischenunter-
nehmer Jeschowsky und Rummenhölle);

Schweiz:

Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Martigny (Streiks);

Oesterreich:

Leitomischl, Tachau, Mährisch Weisskirchen (Streiks);

Ungarn:

Agram, Arad, Bács (Streiks).

Sau Erfurt.

In der vergangenen Woche konnten wir aus Erfurt mitteilen, daß der Unternehmerverband sich gegenüber abtritt, ausgeglichen zu haben. Nun versucht er, dieses auch der Polizei-
behörde und der weiten Öffentlichkeit plausibel zu machen. Besonders die Polizeibehörde soll sichergestellt werden, daß jedes Streikpostensystem verboten. Das ist aber schon
geschehen, ohne daß es einer Aufforderung dazu bedurfte.
Es zeigt sich auch hier, wieder, daß das Unternehmertum
nicht in der Lage ist, den Kampf allein zu führen, sondern
es bedarf der Mithilfe der Polizei. In auswärtigen Zeit-
ungen macht unser Unternehmerverband bekannt, die Aus-
sperung sei aufgehoben und die Arbeit zu den alten Be-
dingungen aufgenommen worden. Diese Meldung ist aber
die Unwahrheit. Die Erfurter Maurer stehen nach wie vor
im Kampfe; denn sie wollen auf ihre Forderungen nicht
verzichten. Alle Kollegen werden dringend ersucht, den
Zugang streng fernzuhalten.

In Langensalza ist die Firma Reißig aus einem
nicht ganz gewöhnlichen Grunde gesperrt worden. Am
dortigen Schuppenhausbau hatte die Erfurter Stukkatoren-
firma Nichtmann Arbeiten auszuführen und stellte dazu
zwei Kollegen aus Langensalza an, denen sie den in Erfurt
üblichen Stukkatorenlohn zahlte, 11 6/50 für die neunstündige
Arbeitszeit. Das gefiel nun dem Unternehmer Reißig
durchaus nicht. Er stellte der Firma Nichtmann vor, wie
es schöner sei, wenn sie die Maurer von ihm nehme; wenn
er seinen Leuten 4 1/2 pro Stunde mehr gäbe, sprangen sie
beiden. Auf diese Weise befände die Firma ihre Arbeit
fertig und er verdiene auch noch dabei. Die Firma ließ
sich auf das laubere Geschäft ein, entließ die zwei Maurer,
und erhielt dafür von Reißig vier Maurer, denen dieser
43 1/2 Stundenlohn zahlte, während er von Nichtmann
70 1/2 erhielt, er „verdiente“ also pro Mann und Stunde
27 1/2. Die vier Kollegen ließen sich das anerkennenswerter-
weise nicht gefallen, sondern forderten den früher an ihre
Vorgesetzten gezahlten Lohn von 11 6/50. Die Folge war,
daß Reißig nun auch sie entließ. Für eine solche Han-
delsweise konnte nur die Sperrung über Reißigs Geschäft
die Antwort sein. Wenn diesem Menschen sein Handwerk
gelegt werden soll, muß die Sperrung von allen Kollegen
streng beachtet werden.

Sau Hamburg.

Die Kollegen in Döhlendörfer, die bekanntlich ver-
schiedene Geschäfte in ihrem Zweigvereinssgebiet gesperrt
haben, fragen über Harten Zug, wodurch der Erfolg der
Sperrung sehr in Frage gestellt wird. Wir bitten deshalb
dringend darum, die Warnungen vor Zug im „Grund-
stein“ streng zu beachten.

Vom Streik in Segeberg wird berichtet: Ein Unter-
nehmer aus Neumünster hat hier auf dem königlichen Land-
gut zu Kraxenthal zwei Neubauten übernommen, an
denen er aber keine hiesigen Kollegen beschäftigen will.
Wir machen deswegen die auswärtigen Kollegen darauf
aufmerksam, damit sie auf Kraxenthal keine Arbeit an-
nehmen.

In Kiel ist der Vertragsbruch der Baugewerbliden
Unternehmer zur vollkommenen Tatsache geworden. Ueber die
weitere Entwicklung des von den Unternehmern an den
daarzen herbeigeführten Streikfalls wird uns berichtet: Die
streikenden Holzplattarbeiter zeigen das größte Entgegen-
kommen, um ihren Klagengegnern die schwere Schädigung
zu erproben. Sie riefen das Gewerkegesetz als Einigungs-
amt an, aber die Unternehmer wiesen dessen Eingreifen
schroff zurück. Dann gelang es den Leitern der bedrohten
Organisationen, mit Zurücksetzung aller berechtigten Em-
pörung über den Vertragsbruch der Unternehmer, eine aus-
dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes, den Gewerke-
schaftsvorständen zusammengefasste „Schlichtungskommission“
zu stände zu bringen, in der die Streikenden und die Holz-
händler nicht vertreten waren. Die Kommission tagte nahezu

die ganze Woche hindurch; in langwierigen Verhandlungen
wurden die Forderungen der Holzplattarbeiter mit deren
Einverständnis im Interesse des sozialen Friedens nahezu
vollständig zurückgegeben, und schon glaubte man, am Mit-
wochabend unmittelbar vor der Einigung zu stehen, da er-
schienen am Donnerstag in der Konferenz die Hauptlinge
der Scharfmacher und erklärten zur grenzenlosen Ver-
wüstung der Arbeiterbetriebe, alles, was bis jetzt
abgemacht worden, werde vom Arbeitgeber-
verband zurückgezogen, wenn nicht auch von den
Koloniegegnern der Stukkatoren und Heizungsmonteur-
Arbeitsgenossen würde. Mit keiner Silbe war bis dahin
von den Stukkatoren und Monteuren, die vor einiger Zeit
beschlossen hatten, Vorkorderungen zu stellen, die Rede ge-
wesen. Damit war ungewiss, wie schnell die Unter-
nehmer um jeden Preis den Krieg wolle, und die Verhand-
lungen wurden sofort abgebrochen. Bei dieser Auslage wer-
den die Unternehmer nun wohl ihre alternativen Angebote auf-
geben müssen, wonach sie die Entlassungen nur gegenwärtigen-
maßen wegen „Materialmangels“ vornehmen. Der Vor-
sitzende des „Arbeitgeberverbandes“ genierte sich denn auch
zurück zu ziehen, sondern erklärte, man möge nachsehen, was
man wolle — che nicht die Differenzen bei den Heizungs-
monteuren und den Stukkatoren beigelegt seien, würde der
Beschluß der Entlassungen nicht rückgängig gemacht. Wir
mühten den Unternehmern doch zu bedenken geben, daß sie
in diesem Falle ein böses Beispiel aufstufen. Dies Ein-
gehen über abschließende Verträge ist stets eine böse
Sache. Es scheint, als ob das Verbotnis des Reichstages-
vertragsnagels Liebert, daß Gewalt vor Recht geht, auch
auf seine gläubigen Schüler in Kiel und anderswärts gewirkt
hätte. Die Zahl der ausgesperrten Kollegen betrug am Ende
der vorigen Woche bereits 281. Es ist anzunehmen, daß sich
diese Zahl in kurzer Zeit bedeutend erhöhen wird. Der
Zugang nach Kiel muß jetzt unter allen Um-
ständen ferngehalten werden.

Der Zimmererstreik in Flensburg hat auch unsere Kol-
legen teilweise in Mitleidenhaft gezogen. Mehrere Kollegen
sind bereits arbeitslos; es ist darum notwendig, daß Flens-
burg von den reisenden Kollegen genötigt wird.

Sau Hannover.

In Hildesheim, wo dank der christlichen Streikbrecher-
sippe der aufgenommene Kampf seinen befriedigenden Ab-
schluß gefunden hat, wurde, nachdem der Arbeitgeberver-
band vom 1. April 1908 an eine Lohnsteigerung von 42 auf
43 1/2 ausgetauscht und versprochen hatte, die weiteren Ab-
machungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen nach
Aufnahme der Arbeit zu treffen, bekanntlich die Arbeit auf-
genommen. Nach der Aufnahme der Lohn von 1. August
1908 an 47 1/2, und vom 1. April 1909 an 50 1/2 betragen
sollte. Der Arbeitgeberverband hat dann in seiner Ver-
sammlung beschlossen, vom 1. April 1909 an den Lohn von
45 auf 47 1/2 zu erhöhen. Eine Verammlung unserer Kol-
legen am 12. September hat dieses Angebot nicht zurückge-
lehnt, hat aber, da auch die hiesigen vertraglichen Bestim-
mungen manche Unklarheiten enthielten, die frühere Ver-
handlungskommission beauftragt, mit dem Arbeitgeberver-
band noch in weitere Verhandlungen einzutreten.

In Springe a. N. ist der lange Kampf nun endlich
beigelegt. Es handelte sich dort um die Forderung einer
Lohnsteigerung von 88 auf 47 1/2. In den beiderseitigen
Kommissionen hatte man sich über den Streik des Kampfes
auf 43 1/2 geeinigt. Die Verammlung der Unternehmer
hatte aber dies als zu weitgehend abgelehnt, sie erachtete
40 1/2 als für einen Springer Maurer genügend. Nach
fünf Monaten langen Kampf haben sich denn die Unter-
nehmer doch zu einer anderen Auffassung bequemen
müssen. Vom 9. September an erhöht sich der Lohn auf
42 1/2, vom 1. März 1908 an auf 43 1/2, und vom 1. Sep-
tember 1909 an auf 44 1/2. Dies Abkommen gilt bis zum
1. Juli 1910. Die Unternehmer hatten sich vom Arbeit-
geberverband über den Wehrsen-Hannover- und seinem
Vandanger Macintosh einen Riß ins Ohr lassen lassen
und glaubten nun auch baumarkt zu sein. In absehbarer
Zeit dürfte die beiden Herren der Weg nach Springe
ziemlich holprig bleiben. Auch zwei Kollegen aus unserer
Reihen ist der Kampf zu langwierig geworden, sie haben
acht Tage vor Beilegung des Kampfes als Streikbrecher die
Arbeit aufgenommen, obwohl sie außerhalb in guter und
lohnender Arbeit standen. Mit diesen werden unsere
Springer Kollegen schon umzustimmen wissen.

Sau Nürnberg.

In der letzten Woche machte sich in Nürnberg über die
Danten des Unternehmers Bauhof eine Sperrung nötig, die
mit einem vollen Siege der Kollegen endete. Die Veranlassung
hierzu gab der Unternehmer, indem er sich zusammen mit dem
Bauführer und Voller unseren Kollegen gegenüber eine Be-
handlung erlaubte, die sich nicht nicht gefallen lassen durften.
Die Kollegen ließen sich alle möglichen Schikanen durch-
durch gefallen, aber endlich war ihre Geduld zu Ende, zumal
sie die Firma erlaubte, auch noch den Baulegeleitern zu ent-
lassen. Nach fünfjähriger Arbeitseinstellung wurde vom Unter-
nehmer die im Vertrag vorgesehene Schlichtungskommission
angewiesen, der der Unternehmer anfangs klagend machte
wollte, daß der Baulegeleitern wegen zu geringer Arbeitsleistung ent-
lassen sei, was aber in keinem Falle bewiesen werden konnte;
so wurde der Unternehmer zurückerufen, alle Kollegen, auch den
Baulegeleitern, wieder in Arbeit zu nehmen.

Die Sperrung über die Firma Jüper & Werner in
Selb dauert ununterbrochen fort. Wenn auch die Firma ihre
bringenden Arbeiten von den Italienern um höheren Lohn,
als wir forderten, fertiggestellt erhielt, so wird aber doch noch
die Zeit kommen, wo die Firma die einheimischen Maurer
wieder benötigt, denn es ist noch nicht alle Tage Abend.

Sau Oßen (Danzig).

Der Streik der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter
in Ropolt ist am 10. September mit einem Vertrags-
abschluß beendet worden. Auf Antrag der Streikenden waren
von Herrn Bürgermeister Kollatz in Ropolt Verhandlungen
angebahnt worden, die infolge der geschilderten Leitung durch den
Bürgermeister zu einer Einigung führten. Danach beträgt der Lohn
für Maurer bis zum 1. April 1908 51 1/2, für Zimmerer 49 1/2,
für Stalk- und Steinträger 36 1/2, und für alle anderen Bauhilfsarbeiter

33 1/2. Zugestellen erhalten 2 1/2 pro Stunde weniger. Die
Festsetzung des Lohnes für Junalarbe und jugendlichen Arbeiter
unterliegt der freien Vereinbarung. Vom 1. April 1908 an
steigt der Lohn in allen Klassen um 2 1/2. Der Vertrag läuft
bis zum 31. März 1909, an welchem Termin der Danziger
Vertrag ebenfalls abgelaufen sein wird. Nach den Erklärungen
der Unternehmer soll dann versucht werden, aus Danzig, Ostba-
und Ropolt ein gemeinsames Vertragsgebiet zu machen. Die
so heiß umstrittene Frage, ob am Sonnabend eine Stunde
früher Feierabend ohne Lohnabzug sein soll, was die
Unternehmer ganz entschieden ablehnten, fand durch die
Beibehaltung des alten Zustandes seine Erledigung. Da-
nach kann am Lohnlage eine Stunde früher Feierabend gemacht
werden; es wird jedoch nur eine halbe bezahlt. Ferner wurde
auf Veranlassung der Unternehmer ausdrücklich bestimmt, daß
die vorgesehenen Bausen auch im Winter streng eingehalten
sind. Damit hat der gewünschte Kampf für die Arbeiter
einen würdigen Abschluß gefunden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Konferenz der Fliesenleger. Nach in diesem Jahre
soll eine Konferenz der unseren Verbände angehörenden
Fliesenleger abgehalten werden.

Um die für die Einberufung der Konferenz erforderlichen
Unterlagen zu bekommen, haben wir die Ortsverbände gebeten,
uns bis zum 1. Oktober mitzuteilen, in welchen Zweigvereinen
dem Verbände Fliesenleger angehören.

Die Vorstände der Zweigvereine werden gebeten, den
Ortsvorständen bei ihren diesbezüglichen Feststellungen behülf-
lich zu sein.

Mitgliederlegitimationen. Am 1. Januar 1910 werden
neue Mitgliedsbücher eingeführt.

In den letzten zwei Jahren vor diesem Zeitpunkt erhalten neu
eintretende Mitglieder als Legitimation und zum Einleiten der
Beitragsmarken kein Mitgliedsbuch, sondern eine Mitglieds-
karte ausgestellt. Die Verwendung der Karten beginnt daher
bereits mit Schluß dieses Beitragsjahres am 1. Dezember.

Die Zweigvereinsvorstände müssen sich danach richten und
dürfen nur noch Bücher für den Bedarf bis zum 30. November
d. J. bestellen.

Wenn der Bestand an Mitgliedsbüchern in einem Zweig-
verein so groß ist, daß nicht alle bis zum 30. November ge-
braucht werden, dann ist uns der Ueberfluß zurückzusenden.

Sterbegebühren darf laut Statut nur auf Anweisung des
Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen
Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und
der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung aus-
bezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom
9. bis 14. September für folgende Mitglieder erteilt:

Wich. Wagner-München (Frank), Verb.-Nr. 240 570; Gollfr.
Krause-Dresden (Frank), 145 578; Otto Treisch-Berlin (Frank),
114 571; Hermann Wengler-Breschen, 238 286; Friedrich Roop,
Neumünster, 90 149; Fritz Meßow-Gr. Schnebeck, 75 075;
Georg Obermeyer-Landskron, 277 226; Fritz Sautow-Königs-
wusterhausen, 81 660; Karl Dornieden-Hannover, 32 499;
Gust. Bloch-Althaldensleben, 50 694; Georg Küster-Berlin (B.),
Gust. (Frank), 7; Aug. Kewitz-Berlin (Frank), 258 638; Gust.
Münchke-Guben, 75 474; Andr. Meier-Magdeburg, 42 167;
Herrn. Helmers-Delmenhorst, 157 440; Joh. Schüller-Landau,
226 620; W. Schulz-Emden, 129 160; Fr. Gogolin-Berlin,
7629; Th. Sagemann-Wolfenbüttel (Frank), 108 365; Wilh.
Ziegler-Karlshagen (Frank), 242 320; G. Kretschmer-Gronau i. S.
(Frank), 179 071; Georg Zucht-Mannheim (Frank), 111 277.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den
Kassierer J. Küfer, Samsburg 1, Rebenbindehof 56, zu
adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt an-
zugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 9. bis 15. September 1907 sind folgenden
Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Düsseldorf 2400, Kassel 1600, Waldenburg 800, Dort-
mund 800, Minden 800, Müllers-St. Jacob 800, Meinen 700,
Borna 600, Elbing 500, Zittau 500, Schenck 500, Aue 480,
Begeles 400, Markfrankfurt 400, Althaldensleben 400, Guben 400,
Münster 400, Mühlh. 300, Salzkitten 250, Schwerin i. M. 250,
Fürstentum 200, Brandis 200, Reichenthal 200, Grebs-
mühl 180, Leutmannsdorf 129, Noyshim 120, Nofia 105,28,
Nürnberg 100, Rofia 100, Treuen 100, Zwenkau 100, Wehenen
60, Biere 60, Neu-Schuppen 60, Mühlweide 800, Wierfeld 600,
Zeig 600, Flensburg 550, Hildeheim 500, Weimar 400,
Limbach 400, Mühlh. 308,40, Gransse 300, Gdrbe 300,
Sachsa 300, Ederförde 300, Stabenhagen 200, Meerane 200,
Dirfel 125, Arnstadt 100, Kitz i. Mühlh. 100, Schwedt 96,
Mannheim 6000, Barmen-Eberfeld 1600, Heideberg 800,
Strasbourg i. Elz 800, Elst 700, Nofia 600, Karlshagen 600,
Nagden 500, Bunsau 500, Dranienburg 400, Rofen 400,
Güstrow 300, Mühlhausen i. Th. 250, Waren 200, Richtenstein-
Calleberg 100, Langenweddingen 100, Wilschmid 100, Weiba 54,
Luda 10,20, Danzig 2000, Wilschmidshagen 800, Gelsenkirchen
800, Zena 600, Emden 300, Zahre i. Baden 200, Waldheim
200, Schwan 100, Golsen i. Pom. 100, Heideberg 26,08,
Chemnitz 600, Nofia 600, Heideberg 600, Hainrode 200,
Eberbrunn 150, Kreuzburg i. Schl. 92, St. Johann 2000,
Rovawes 600, Hannover 252,64, Rempden 200, Barth i. Pom.
200, Arten 100.

b) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in GfH
Gransse 4, Schwedt 3, Zeig 3, Chemnitz 65.

c) Für Futterale.

Nachen A 5, Chemnitz 10.

d) Für Kalender.

Waltershausen A 10.

Marken-Verband. Vom 2. bis 14. September sind Marken verhandelt worden. (E = Eintragsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):

Alt-Damm 400 B à 55, Angermünde 300 B à 40, Aßen 100 B à 40, Arnswalde 8 E à 50, Arnstadt 100 A à 25, Alt-Mahlstedt 100 A à 25, Altenrade 800 B à 50, 50 A à 25, Angerburg 100 B à 40, 30 A à 25, Nachen 1200 B à 50, Auliam 1200 B à 40, 300 L à 10, Alt-Bittungen 20 A à 25, 50 K à 10, Albershof 800 B à 70, 100 A à 25.

Berlin 100 400 B à 75, 400 B à 30, 500 E à 150, 100 E à 300, Barmen 200 B à 65, Barmuth 400 B à 30, Borna 1200 B à 45, 15 E à 50, 10 E à 150, 100 A à 25, Braze 400 B à 55, Borsdorf 200 B à 40, 14 B à 60, Bernburg 1600 B à 45, Blankenfelde a. S. 300 B à 30, Bamberg 3000 B à 50, 1000 B à 60, Bränsche 600 B à 45, Brandenburg 400 A à 25, Brunsbüttel 50 A à 25, 100 B à 40, 100 L à 20, Bienenheim 600 B à 35, Brunsbüttel 400 B à 75, 100 A à 25.

Bolmar i. E. 10 E à 150, Greifb. 600 B à 50, Chemnitz 4000 B à 50, Coesfeld 200 B à 50, 20 E à 50, Croppenstedt 800 B à 35, 400 E à 30.

Digum 200 B à 40, 25 E à 50, Dargun 100 B à 35, Dortmund 30 E à 150, Dießelsdorf 400 B à 45.

Eisenau 300 B à 30, Ebershausen 400 B à 35, 10 E à 50, Erdmann 100 B à 35, Emden 2000 B à 60, Ebnshausen 30 E à 50, 200 B à 40, Eichhof 400 B à 40, Elbing 8000 B à 50, 100 B à 35.

Eisenburg 3000 B à 80, Forstheim 800 B à 35, Friedeberg 50 B à 40.

Göppingen 1200 B à 50, Grünberg i. Schl. 2000 B à 40, Greifswald 1200 B à 45, Grob-Wulde 400 B à 45, Gollsen 100 A à 25, Goslar 1200 B à 45, Grabow 600 B à 40, Greene 400 B à 30, Gengenbach 100 B à 40, Grimmen 400 B à 35, Grob-Wulde 600 B à 35, Gollnow 400 B à 35, Greifb. 20 E à 50, Gernersdorf 100 B à 65, Groß-Kreutz 400 B à 45, Graudenz 600 B à 35, 1000 K à 10, Gohlshausen 800 B à 30.

Hamburg 1000 B à 50, 1000 A à 25, 2000 B à 60, 1000 B à 70, Hagen 200 A à 25, Habelberg 600 B à 35, Hornburg 100 B à 35, 100 B à 30, Heibelberg 1000 A à 25, Himmendor 600 B à 40, 1000 B à 50, Hardenberg 100 B à 40, 100 B à 30, 50 A à 25, Heide 1000 B à 50.

Hessen 100 A à 25, Hönig 400 B à 30, 600 B à 35, 15 E à 50, Kempen 10 E à 150, Kropfsh. 400 B à 30, Konstanj 50 E à 50, Kaiserlautern 2000 B à 40, Kiel 500 A à 75.

Kaunertal 600 B à 45, 100 B à 40, 200 A à 25, Kofr 100 B à 45, Lübbchen 800 B à 50, Lautenau a. d. E. 600 B à 45, Lübb. i. Westf. 800 B à 35, Ludenau 400 B à 40, Lübb. b. Auliam 200 B à 40, 5 E à 50, Wiegitz 100 B à 30, Nienstein 400 B à 35, 10 E à 50, Reifsch 400 B à 35, Rodau 600 B à 45, 100 B à 35, Landau 400 B à 60.

Mühlhausen i. E. 5000 B à 60, Meiersberg 400 B à 40, 10 E à 50, Mühlend. 400 B à 60, Mannheim 5000 B à 45, 40 000 B à 60.

Niedershausen 800 B à 40, Neisse 1200 B à 35, 30 E à 50, Neustadt a. d. Harz 1200 B à 50, Neuenamme 100 B à 50, 10 E à 50, Norden 800 B à 40, Neuborn 800 B à 35, 100 B à 45, 40 A à 40, Nauen 500 B à 50, Rowow 1000 B à 65, 50 A à 25, Nienburg a. d. Saale 600 B à 40, 10 E à 50, Neustadt 2 E à 150, Neubudow 600 B à 40, 200 L à 15, Neustettenerhütte 400 B à 40.

Odenabrid 1200 B à 60, Osterode a. Harz 1200 B à 35, Oelsitz 20 E à 50, Othrositz 1200 B à 45, 30 E à 150, Oehringen 300 B à 60.

Pöhl 200 B à 50, 200 A à 25, Podjuch 25 B à 30, 50 B à 45, Preez 800 B à 55, 400 L à 20, Plau a. d. Havel 200 B à 40, 200 B à 50, Preetz 10 E à 150, Pritz 600 B à 40, Plau i. M. 100 B à 35, Prien 25 E à 50.

Quakenbrück 400 B à 45, Rheinsberg 50 B à 45, Rostock 50 B à 30, Römisch 1200 B à 40, Roglau 1200 B à 40, Rhaun 1200 B à 40, Rathow 50 A à 25, Regna 400 B à 35, Retha 800 B à 45, Reichenburg a. d. Odra 400 B à 30, Reichg. 600 B à 40, 600 B à 45.

Schleswig 1000 B à 50, 20 B à 30, 300 L à 10, Stuttgart 200 B à 30, Sommerda 400 B à 45, Siegen 100 E à 60, 30 E à 150, Schlaue 800 B à 35, 20 E à 50, 10 E à 150, Schoppitz 400 B à 45, 30 E à 50, Schwarzw. 200 K à 10, Straßburg i. E. 2000 B à 35, Schivelbein 600 B à 30, Sadowitz 800 B à 40, 800 B à 45, Schwerin i. M. 400 B à 35, 10 E à 50, Sebnitz 3000 B à 45, Solbitz 200 B à 35, 10 E à 50, Schandensleben 1200 B à 35, 400 B à 30, 400 K à 10, Singen 1200 B à 50, 100 E à 50, Schwaan 1200 B à 40, Straubing 1200 B à 40, 50 E à 50, 100 A à 25, 600 K à 10, 600 L à 10, Sachsa 800 B à 35, Sagan 1200 B à 35, Sommerfeld 60 B à 30, 200 A à 25, Schwebitz 1000 B à 35, Seitz 200 B à 30, Spandau 4000 B à 70, 200 B à 30, 30 E à 50.

Thorn 4000 B à 50, Teterow 800 B à 40, Teuchern 1200 B à 40, Triebitz 1200 B à 35, Treptow a. d. Rega 600 B à 40, 50 A à 25, Tempin 100 B à 30, Teichendorf 200 B à 40, 10 E à 50, 50 A à 25, Tübingen 20 E à 50, Unterweißbach 1200 B à 35, 500 B à 30.

Werden 1200 B à 50, Wegard 400 B à 75, Wolfenbüttel 800 B à 45, Wittenhausen 600 B à 40, 200 B à 50, 50 A à 25, Wesselsb. 2 E à 150, 200 B à 40, Werbau 2000 B à 45, Wermischleben 200 B à 50, Wolbeck 800 B à 40, 200 B à 35, Wustrow 400 B à 40, Walsburg 200 K à 20, Wollin i. Pommeren 300 B à 35, Waldenburg i. Schlesien 200 B à 30, 300 A à 25, Wölfsb. 600 B à 40, Wittstuf 1000 B à 35, Maron 200 B à 40, 20 B à 35, Welschhoffer 600 B à 40, Wistler 50 A à 25, Witsnau 400 B à 35, 200 K à 10.

Witten 50 B à 30, Witten 400 B à 35, Witten 8500 B à 50.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen: Wilh. Roth-Freiburg i. B. (Verb.-Nr. 218 335), Jof. Lommer-Landshut (171 273), Wd. Dreffel-Blau i. E. (335 736), Wd. Großmann-Werdersdorf (355 485), Wd. Guldewaldenburg (409 369), Th. Rynah-Düdelburg (472 058), Fr. Gamroth-Dortmund (119 454), Frig. Reumann-Prizich (132 161), Konst. Schmidt-Offen (173 968), W. A. Wiggelberger-Hamburg (202 266), Aug. Bergmann-Jittau (382 928), Wenzel Bauer-Chemnitz (391 159), Aug. Niesig-Berlin (424 6), Gottf. Krallich-Berlin (489 307), Georg Müller-Berlin (7132), Wd. Wittenbecher-Salle (25 233), Jacob Erling-Brunsbüttelsoog (57 160), Gern. Walter-Ramones (91 730), Franz Eylla-Doppel (92 699), Joh. Möller-Mendenburg (127 910), Paul Kunze-Oldenburg i. Gr. (134 821), Ernst Reinhold-Greiz (167 468), Peter Nohl-Frankfurt a. M. (190 878), Aug. Gwieling-Bodum (224 029), Heint. Gogel-Gelsenkirchen (224 087), Emil Börne-Münster (244 648), Friedr. Ulrich-Gommern (252 760), Dan. Kallweit-Lüft (293 844), L. Döbenbüttel-Wertheim (323 123), Ant. Bahner-Mugsburg (307 222), Ant. Seiland-Rugsburg (323 905), W. Andersen-Hamburg (29 518), Franz Schreier-Königsberg i. d. Neum. (46 500), Gustf. Heide-Heiden (145 94), Heint. Decker-Darmstadt (227 617), Joh. Hegel-Bahr (264 418), H. Rauschenbach-Chemnitz (86 628), Wd. Seitzel-Chemnitz (391 712), Julius Jäger-Seinfenberg (441 587), W. Leichner-Mühlitz (482 967).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein Lüdenscheid: Heinrich Späth (Verb.-Nr. 294 209); Burgk. d. Friedr. Arno Hunger (444 488); Erhard Schuber (37 757); W. d. M. Peter Meßmann (452 889); Albert Basi (435 040); Wd. Gint (435 032); M. d. H. Oberhausen: Karl Rauschenberger (259 597), Wd. Weibert (212 760), Karl Teich (212 784), Wd. Rhein: Friedr. Schmidt (82 966), Ernst Kuhl (74 919), Wd. Bernau (74 904), Albert Wiese (198 626), Karl Rindt (111 102), Friedrich Göbke (83 022), Albert Dauter (83 016); Briesen: Gustav Schulte (172 411), Otto Galtin (254 42), August Müller (56 427), Paul Gauerwald (124 564); Briesenburg: Gern. Naumsdorf (52 945); Rudenwald: Reinhard Wiedorf (85 285); Frankfurt a. d. O.: Otto Mathias (141 459), Otto Falkenhagen (141 389); Gelsenau: Friedr. Wog Seifert (419 849).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Im Angabe ihrer Adresse erucht der Zweigverein E. L. Friedrich Möbiger (Verb.-Nr. 290 611); Otto Brand (183 140), Wilhelm Kahlitz (315 015), Josef Wagner (41 321); Weimar: Karl Pfeifer aus Gr. Weichen (7602); vom Verbandssportrat: Franz Lary (203 272).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erucht, dem betreffenden Zweigvereine auch uns Mitteilung zu machen.

Gefunden sind eine Anzahl Papiere des Kollegen Wilhelm Brömmke, geboren am 17. November 1873 zu Rietzen. Die Papiere sind bei uns abzufordern.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Zur Beachtung!

Alle Zuschriften an die Redaktion, Administration und Expedition des „L'Operaio Italiano“ sind von nun an zu adressieren:

An die Redaktion des „L'Operaio Italiano“, Hamburg, Seidenbinderhof 56.

Den Zweigvereinen, die mit Holland Verbindung unterhalten und das holländische Fachorgan beziehen müssen, zur Kenntnisnahme, daß sie sich direkt an die Redaktion oder Administration des Blattes zu wenden haben. Das Blatt unseres holländischen Bruderverbandes heißt „De Metselaar en Opperman“. Die Adresse der Redaktion ist: A. F. Müller, Tilburg, Goeffackerstraat 1559; die Adresse der Administration (Verlag und Expedition): J. B. v. Achterbergh, Gilversum, Hooge Raardweg 139.

Münster i. Westf. ist wegen großer Arbeitslosigkeit von reisenden Kollegen vorläufig zu meiden.

Mannheim. (Gewerkschaftshaus.) Den reisenden Kollegen sei hierdurch mitgeteilt, daß in dem neuerbauten Gewerkschaftshaus, F 4 Nr. 8 bis 9, eine allen modernen Ansprüchen genügende Herberge eingerichtet ist. Der Mithand der bisher unbefriedigenden Herbergverhältnisse in Mannheim ist dadurch behoben, und den reisenden Verbandsmitgliedern kann die Einfahrt im Mannheimer Gewerkschaftshaus auf das wärmste empfohlen werden. Die Bureau der meisten Gewerkschaften sind im Gewerkschaftshaus untergebracht, wofür die Unterstüßungen zur Auszahlung gelangen. Was den reisenden sowohl wie den ortsanwesenden Gewerkschaftsmitgliedern den Aufenthalt im Gewerkschaftshaus angenehm gestalten kann, wird vom Wirt aufgegeben.

Angekreuer Kassierer.

Wegen Unterschlagung von M. 122.50 Verbandsgebern wurde der Maurer Georg Reich L. früherer Kassierer, der zahlstet Niederschlag, von der Strafkammer zu Darmstadt zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Cöln. Ein Verpuher entdeckte vor etwa sechs Wochen seine „Christide“ Heberzeugung, trat aus unserem Zweigverein aus und ging zur Zentrumsbewegung. Kürzlich widerfuhr nun dem Manne ein eigentümliches Malheur. Er hatte seinen Arbeitgeber drei Sad Gips verantragt, und mußte, als der Unternehmer davon Wind bekam, es sich gefallen lassen, daß man ihm dafür den Betrag von M. 14,00 vom Lohne abzog. Ueber dieses Mißgeschick war der neugeborene „Christ“ erbost, und er suchte denjenigen, der ihn verraten hatte. Bei seinem Eifer kam er auf die falsche Spur, und er erzählte auf der Arbeitsstelle, der Vertrauensmann Werner vom Zentralverband habe ihn denuntiirt. Obgleich W. selbstverständlich keineswegs den Diebstahl gutheißt, so wollte er aber dennoch nicht in den Kreisen seiner Kollegen als Denunziant gelten, und er lud den „Christen“ vor den Schiedsmann. Hier nahm dieser seine Anschuldigungen zurück, weil er aber einen Gelddbetrag für eine öffentliche Ehrenrettung zu hinterlegen. Infolgedessen wird die Sache gerichtlich ausgetragert werden.

Freuden. Am 11. September tagte hier im „Trionon“ eine sehr gut besuchte Maurerverammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Internationale in der Maurerbewegung, 2. Gewerkschaftliches. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Wölmberg aus Hamburg. Er führte aus: Die alte Internationale ist im Jahre 1889 zu Grunde gegangen; am hundertjährigen Jahrestage der Erklärung der Baskille ist die neue errichtet worden. Struppellose Gegner der Arbeiterbewegung sowie der weitaus größte Teil der bürgerlichen Presse behaupten, die internationale Arbeiterbewegung sei gemeinschaftlich; sie wolle das Vaterland an die Gegner ausliefern; und anderes mehr. Das ist eine Verdröhung der Tatsachen und Verleumdung der Arbeiterbewegung. Das gesamte Wirtschaftsleben aller Kulturländer, der Handel und der Kapitalismus ist international, und zwar viel länger als die Arbeiterbewegung. Unsere Industrie ist nur errentfähig, wenn sie Rohprodukte aus anderen Ländern bezieht; vor allem die Textilindustrie bedarf der Baumwolle, Indusierprodukte, die wir in Deutschland verfertigen, werden ins Ausland ausgeführt und dort an den Mann gebracht. Deutschlands Industrie hat sich in den letzten drei Jahrzehnten riesenhaft entwickelt; die Bevölkerung ist von 40 auf mehr als 60 Millionen angewachsen; infolgedessen reicht der Grund und Boden nicht zu, die Bevölkerung zu ernähren. Deshalb brauchen wir Getreide aller Art, Vieh, Kaffee, Süßrüben und anderes mehr aus anderen Ländern. Auch die Wertschöpfung von Handelsverträgen der Staaten sind internationale Abmachungen. Im Haag, einem holländischen Städtchen, wo die bekannte Friedenskonferenz tagt, sind Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft aller Länder. Sie wollen dort die großen internationalen Probleme der Gegenwart und Zukunft lösen. Das heißt will die Arbeiterbewegung; sie ist in allen Ländern heute stärker geworden, infolgedessen macht sich der Kampf immer mehr geltend, große soziale und politische Fragen der Gegenwart und Zukunft mit lösen zu helfen. In diesem Sinne hat auch die Stuttgarter Tagung gearbeitet. Die Frage: „Kampf und Gewerkschaft“ ist in Deutschland durch Beschluß festgelegt; die anderen Völkern zur Nachahmung dienen. Aus an der Ein- und Auswanderungsfrage hat die Arbeiterbewegung aller Länder ein lebhaftes Interesse; sie beschuldigt deshalb das kapitalistische System zu helfen. Am härtesten ist der Auswanderungsstrom nach der neuen Welt, nach Amerika. Aus Deutschland sind in der großen wirtschaftlichen Krise der 70er und 80er Jahre pro Jahr über Hunderttausend abgewandert; heute infolge der industriellen Entwicklung wandern mehr Fremde nach Deutschland, als Deutsche aus. Das Bild ist wesentlich verändert; 1905 wanderten nach Amerika aus Deutschland 20 000 Personen, dagegen aus Österreich-Ungarn 27 000, Italien 221 000, Rußland 185 000, England 87 000. Der Kapitalismus fördert die Auswanderung durch seine Agenten; er hat ein Interesse daran, er ist international, und die arbeitenden Klassen sind heute wandernde Armeen, deren Wolltanne ständig von Stadt zu Stadt, von Land zu Land nomadisiert werden, um den Erfordernissen der industriellen Entwicklung und Wechselwirkung gerecht zu werden. Daß eine Antipathie gegen den Zustrom fremder, kulturloser, auf einer niederen Kulturstufe stehenden Arbeiter vorhanden ist, ist erklärlich. So finden wir in England, daß Organisationen mit den Unternehmern Verträge haben, um den Zustrom zu wehren. In Amerika haben die Gewerkschaften Bestimmungen, wonach Fremde Eintrittsgeld von M. 100 bis M. 2000 zu zahlen haben; außerdem hängt es noch von einer Kommission ab, ob der sich Meldende in die Organisation aufgenommen wird. Das verleihe gegen die Grundprinzipien der Sozialdemokratie aller Länder. Der Kongreß ist auch vom richtigen Standpunkt ausgegangen. Wir müssen fremde Arbeiter der Organisation zuführen, uns mit den Tatsachen abfinden und gemeinsam kämpfen gegen den internationalen Kapitalismus. Neben dem internationalen Kongreß tagte auch ein internationaler Holzarbeiter- und Metallarbeiterkongreß sowie die zweite internationale Maurerkongferenz, zu der diesmal auch die Bauhilfsarbeiter mit zugezogen waren. Im Baugewerbe sind ganz andere Verhältnisse grundlegend. Während in der Holz- und Textilindustrie Streikfreigehezeiten leider in anderen Ländern fertiggestellt werden und per Schiff und Eisenbahn verfrachtet und verkauft werden können, im Baugewerbe bei großen Ausständen, wie im Jahre 1905, die mangelnden Köpfe aus Frankreich und England ersetzt werden, sind im Baugewerbe die Verhältnisse anders. Käufer sind nicht transportfähig. Das Baugewerbe ist ein Wanderergewerbe und leidet unter großer Konkurrenz fremdländischer Arbeitskräfte. Dieser Umstand drängt uns zur Lösung der Frage der Ein- und Auswanderung. Im Jahre 1903 tagte die erste internationale Maurerkongferenz. Die Folge davon war, daß mit den Organisationen von Österreich-Ungarn, Italien, Dänemark, Schweden und Norwegen Verträge abgeschlossen wurden. Die Stuttgarter Tagung soll die Organisationsverhältnisse befestigen; der diesmal europäische Festland. Die Mitgliedsbücher und Reisekarten gelten in Zukunft allerorts, ganz gleich, in welchem Lande die Kollegen arbeiten. Auch wurde ein internationales Sekretariat geschaffen, dessen Vorsitzender der Vorstand des deutschen Maurerverbandes ist, Deutschlands Maurer-

verband hat viel gearbeitet, um die Organisation in anderen Ländern in die Höhe zu bringen, er wird in Zukunft weitere große Aufgaben zu erfüllen haben; denn die in unseren Gewerkschaften bestehenden Tarifverträge sind keine Dokumenten, sie sind nur Schlichtungsbefehle. Darum muß die Macht und die Schlichtungskraft der Organisation sein, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Überhaupt muß die Macht der deutschen Gewerkschaften sein und bleiben. Deshalb der Bescheid, die einzelnen Gewerkschaften der Arbeiterbewegung zu unterstützen, damit sie die Macht der deutschen Gewerkschaften erhalten. Obgleich der Bescheid nicht die Macht der deutschen Gewerkschaften erhalten wird, dürfen trotzdem Arbeiter nicht bei jeder Gelegenheit gemacht werden; das ist gegen den Vertrag. Dieser Meinung schloß sich die Versammlung an. Weiter wurde beschlossen, den „Grundstein“ tragen für jede verarbeitende Gewerkschaft 2, 3, früher 1, 2, zu gewähren; für die Arbeitslosenmarken wird wie bisher 1, 2 bezahlt. Darauf erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Gießen. Partei und Gewerkschaften von Gießen lebten jahrelang unter ganz erbärmlichen Verhältnissen. Das heißt, es war beiden Organisationen unmöglich, größere Versammlungen abzuhalten, weil ihnen die größeren Lokale abgetrieben wurden. Unsere Organisation hatte, weil sie die stärkste am Orte ist, am allermeisten darunter zu leiden; denn zu unseren Versammlungen benötigten wir eines Lokals, das 400 bis 500 Personen fassen mußte; aber es fanden uns nur einige Wirtshäuser, die 80 bis 120 Personen Raum boten, zur Verfügung. Aus diesem Grunde war es nicht möglich, unsere Kollegen alle zusammen in eine Versammlung zu bekommen. Nun ist dem Mißstand abgeholfen, indem die Gewerkschaften von Gießen ein geeignetes Wirtshaus mit Saal zu einem Gewerkschaftshaus angekauft haben, dessen Betrieb schon am 1. Oktober von den Gewerkschaften übernommen wird. Hoffentlich wird es gelingen, daß die Partei und Gewerkschaftsbewegung in Gießen jetzt durch Schaffung eines eigenen Heim eine bessere Aufwärtsbewegung bekommt als bisher. Auch unsere Kollegen von Gießen und Umgebung haben die Pflicht, das Unternehmen kräftig zu unterstützen.

Gummersbach. Der hiesige Zweigverein hat sich während eines Jahres rapide emporgearbeitet; er zählt gegenwärtig 108 Mitglieder. Es wird unseren Kollegen auch gelingen, die noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen. Es ist hier ein sehr gutes Beispiel zu geben, daß die Gewerkschaften nicht nur in der Lage sind, sich zu verteidigen, sondern auch in der Lage sind, sich zu erweitern. Deshalb müssen wir uns in nächsten Jahre sehr um die Erweiterung der Gewerkschaften bemühen, denn es wird in nächsten Jahre nicht so leicht sein, den Unternehmern etwas abzurufen. Deshalb müssen wir auch den Extrabeitrag zahlen, damit unsere Kollegen im gegebenen Moment auch leistungsfähig sind; denn nur durch den Zentralverband können wir unser glänzendes Dasein verbessern.

Halle. In der letzten Nummer unseres Verbandsorgans ist an den Bericht von Halle a. S. eine Annäherung der Redaktion gewünscht, die einer Erweiterung meinerseits bedarf. Die Redaktion nimmt an, daß der Bericht, verursacht durch den unglücklichen Verlauf unserer Lohnbewegung, bei diesem Veranlassungsbescheid maßgebend gewesen ist. Mag dies auch bei einem kleineren Teile der Kollegen zutreffen, jedoch bei denjenigen, die bei Bekanntwerden des Verbandsbeschlusses einen Einstand nach dem anderen von unserem Selbstverwaltungsbefugnis dahinscheiden lassen, hätte der Bericht trotz eines günstigen Abchlusses unserer Lohnbewegung nicht befristet werden können. Wie man unter unglücklichen Umständen schon eine Resolution, die sich gegen einen Verbandsbescheid richtet, revidieren kann, ist mir unverständlich, da dieses doch in der Arbeiterbewegung, und zwar in jüngster Zeit a. B. in der Wasserfrage, mehrmals geschehen ist. Auch wissen wir, daß durch den Protest eines Zweigvereins kein Verbandsbescheid ignoriert oder, wie die Redaktion meint, umgerannt werden kann. Aber wir nehmen an, ein Recht zur Kritik zu besitzen, und zwar nicht nur an unseren Gegnern, sondern auch innerhalb der Organisation. Die Meinungsfreiheit muß gewahrt bleiben, selbst wenn Kollegen von ihr Gebrauch machen, die nicht in den vorerwähnten Reihen der Organisation zu suchen sind. Die ironischen Bemerkungen vom übernatürlichen Verbandsbescheid und den nötigen Erfahrungen, die man auf dem Gebiete der Gehaltsveränderung und Regulierung sammeln könnte, befehlen uns keines Besseren; ja, wir haben von vornherein klar, daß diese Art Protest seitens derjenigen Kollegen, die sich persönlich dadurch verletzt fühlen, keine andere Würdigung erfahren würde; daß aber schon ein Protest, wie wir ihn in der Resolution befanden, als Anarchie bezeichnet werden kann, genügt entweder davon, daß man eine heillose Angst vor derselben besitzt, oder alles das, was nicht in den Rahmen seiner Meinung paßt, einfach kurzweg als Anarchie hinstellt. Als diese Auffassung eine höher entwickelte demokratische als die meiste ist, bleibt für mich dahingestellt. Überwiegend sind wir in der Resolution über den Antrag des Verbandsvorstandes und „Ausflusses“, der in der Nr. 3 des „Grundstein“ veröffentlicht wurde, in bezug auf die Lokalfestsetzung hinausgegangen und haben dadurch doch etwas nicht anachronistisch gehandelt. Das demokratische Prinzip: die Minderheit hat sich der Mehrheit zu fügen, haben wir nach unserer Meinung nicht verstoßen; wir behaupten sogar, sehr gut gehabt; denn nicht immer ist gesagt, daß die Mehrheit der Delegierten auch die Mehrheit der Kollegen in ganz Deutschland, soweit sie zu uns gehören, vertrete, noch dazu, wo die Mitglieder im ganzen Verbands zu einer derartig hohen Steigerung der Gehälter, in verschiedenen Fällen in fünf bis sechs Jahren 800 bis 1000, vor dem Verbandsbescheid keine Stellung dazu nehmen konnte, da eine derartig hohe Stufen der Gehälter nicht vorlag. Im höchsten Falle hätte man den Antrag des Vorstandes und „Ausflusses“ gutheißen können. Nun, die demokratische Gesinnung wird eben verschiedenartig ausgelegt und befunden. Wir nehmen an, daß derjenige, der seine Arbeitskraft zum Nutzen der Allgemeinheit einsetzt, wohl in allen

ersten Linie auch von ihr bezahlt wird, und zwar so, wie in der Resolution niedergelegt ist; dadurch hat er nicht so viel Einbuße, als wenn er seine Arbeitskraft im Verufe dem Unternehmer verkauft hätte. Durch den Verbandsbescheid wird aber eine neue Klasse von Kollegen innerhalb des Verbandes geschieden, indem sie ein bedeutend besseres Dasein fristen können, als ihre früheren Arbeitskollegen, wiewohl wir alle Klassenlöhne und Unterschiede bekämpfen und verlangen, daß alle gleichgestellt werden sollen, um gemeinsam an den Gütern der Kultur teilzunehmen. Aber so gestalten wir uns selbst aus; wir müssen doch bedenken, daß die Mittel hierzu aus ähnlichen Mitteln herausgeholt und den künftigen Einkommen abgezogen werden müssen. Wir leben eben noch im bürgerlichen Klassenstaate und müssen die Weiden, die uns dieser auferlegt, auch gemeinsam tragen. So ist der demokratische Gedanke, der in der Resolution niedergelegt ist, gemeint. Die hiesige Gewerkschaft wird sich zu jeder Zeit bereit finden, Beschlüsse, die für das Allgemeinwohl des Verbandes und zur Einigkeit der Organisation dienen, zur Durchführung zu bringen; allein, daß dieser Bescheid zum Wohle und zur Einigkeit der Organisation gesagt ist, bezweifeln wir. Wohl ist der Verbandsbescheid die höchste Instanz, aber er muß auch seine Grenzen in der Kompetenzfrage haben. Verlangen wir doch, daß jede Kommune ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln soll, ohne Eingriff der Staatsbehörde, so auch in diesem Falle wie als Zweigverein. Sind der Zweigverein oder der Gewerkschaften, die die Rechte besitzen? Wenn uns das Recht eingeräumt wird, als Instanz zu gelten, dann haben wir auch unsere lokale Angelegenheiten selbst zu regeln, ohne den Eingriff einer höheren Instanz, soweit es das Statut vorsieht. Wird uns das Recht der Anstellung eingeräumt, so haben wir auch das Recht der Entlassung.

Otto Röber. Erwiderung der Redaktion: Kollege Röber irrt in allen Stücken. Im letzten anfangen, müssen wir unseren hiesigen Kollegen sagen, daß nach erprobten Regeln Reichsrecht vor Landrecht und Landrecht vor Gemeindericht geht, wenn es sich um die Festlegung von allgemeinen Grundregeln und Bestimmungen über gleichartige Angelegenheiten handelt. So wird es auch im sozialistischen Zukunftsstaat sein, und so ist es heute schon — oder es sollte doch so sein — in unseren politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Weiter reicht es nicht die „Verbannung“ unserer Zweigvereine durch Verbandsstatut, und mehr hat auch unser letzter Verbandsbescheid nicht getan, als er die untere Grenze sowohl des Anfangs als auch des Endes für die Beamten der Zweigvereine festsetzte. Durch diesen Bescheid soll verhindert werden, daß Vereine, die sich auf gewerkschaftliche Weise mit recht vielen „unpolitischen“ Kollegen zusammengekommen haben, ihre Angelegenheiten, von denen sie als „möglichst“ verlangen, über die Massen ausbreiten. Werden sich die hiesigen Kollegen nicht freuen, wenn eines Tages der preussische Staat keinen Kommunalen verbieten würde, den hiesigen Arbeiter und Beamten noch länger Fingerringe zu zahlen? Oder würden sie ein solches Gesetz auch als eine unzulässige Verbannung betrachten? Mit der Demokratie steht Kollege Röber nach wie vor auf gelassenen Füßen, und er kann seinen Standpunkt dadurch auch nicht verbessern, daß er glauben will, daß die Mehrheit des Verbandsbeschlusses heute noch maßgebend sei. Die Mehrheit der Mitglieder der Mitglieder gewesen sein, und es tut fast nicht an, daß der Bescheid dadurch nicht minder nicht auftritt, während der Bescheid nicht minder nicht bindend, da der Verbandsbescheid unüberwindlich — fest steht. Weiter will Kollege Röber sich und den Kollegen nur das Recht der Kritik gewahrt haben, und er tut fast nicht an, daß wir den Protest in der Resolution als Anarchie bezeichnen hätten. Ich nein, so war es doch wohl nicht, die Kritik, unterwerfen die sachlich schärfste Kritik, die allerdings nicht in Unkenntnis und Bosheit ausarten darf — also sachliche Kritik — vertragen wir niemand. Aber ist das noch Kritik, wenn man behauptet: wir fügen uns dem Beschlusse nicht! Das hat doch die in Rede stehende Veranlassung geschaffen. Ist das etwa noch eine Anarchie? Wir haben eine „heillose Anarchie“ vor der Anarchie, aber wir verachten und bekämpfen sie, weil sie nichts nützt. Das würde ja eine „heillose Anarchie“ sein, wenn die Mitglieder eines Verbandes je nach Belieben folgen könnten: dieser Bescheid des Verbandsbeschlusses gefällt uns, den führen wir aus; der andere hingegen ist für uns überhaupt nicht vorhanden. Wer ein Glied des Verbandes sein will, hat alle Beschlüsse zu achten, ob sie ihm lieb sind oder nicht. Taugen sie nichts, dann wird die Kritik Anfang finden, und einer der nächsten Verbandsbeschlüsse — und nochmals „ironisch“ zu werden — wird sie annullieren.

Sitzbeschein. Sonntag, den 8. September, hielt die hiesige Salzdefertur die regelmäßige Monatsversammlung ab. Kollege Laubinger hielt einen Vortrag über die Schäden und Wirkungen der Affordarbeit. Der Referent wählte die Schattenseiten der Affordarbeit in so überzeugender Weise zu schildern, daß nach dem noch einige Diskussionen dieselbe Meinung vertreten hatten, folgender Bescheid einstimmig gefaßt wurde: „Die heutige Versammlung beschließt: Jeglicher Afford ist zu verweigern. Wo mit Arbeitsentlassung oder Konsumverbot gedroht wird, ist sofort dem Vorstand hiervon Meldung zu machen. Sollten trotz dieses Beschlusses Kollegen aus anderen Orten hier in Afford arbeiten, so soll beim Verbandsvorstand deren Ausschluß aus dem Verband beantragt werden.“ In Punkt „Verbandsangelegenheiten“ sprach Kollege Laubinger über das Baubelegerienssystem und machte auf die Pflichten der Mitglieder sowie die der Baubelegerien aufmerksam. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Kollegen mehr an der Aufklärungsarbeit beteiligen möchten. Dies ist durchaus notwendig.

Lüdenscheid. In der am Samstag, den 7. d. M. tagenden Mitgliederversammlung wurden die fortwährenden Überbetreibungen des Tarifvertrages betreffs der festgesetzten Arbeitszeit scharf kritisiert und betont, daß es nicht allein die Unternehmer, Kräfte und „Kläue“ sind, die den Tarifvertrag fortgesetzt durchbrechen, sondern daß sich auch ein Teil unserer Kollegen leider dazu hergibt, unter dem

Bortwande, Regensstunden herauszuholen, die festgesetzte Arbeitszeit zu überschreiten und damit den Tarif zu durchbrechen. Da bereits ein Beschluß der hiesigen Schlichtungskommission vorliegt, der dem Wortlaut des Vertrages betreffs der Arbeitszeit entspricht, wird ein Antrag einstimmig angenommen, der den Obmann der Schlichtungskommission beauftragt, bei allen Verträgen gegen den Vertrag sofort beim Einigungsamt die Freigabe des betreffenden Unternehmers zu beantragen, damit er gesperrt werden kann. Es wird festgestellt, daß der Tarifvertrag nicht eingehalten wird bei den Firmen: W. Schöttler, Feldmann & Co. (Messingwerk), A. Pilsch und Hugo Klein. Zu Punkt 2 wird das Mitglied Heinrich Spät, Lüdenscheid, Mittelstr. 9, geb. in Weinbach, einstimmig aus dem Verbands ausgeschlossen. Er hat versucht, einige Kollegen in der niederträchtigen Weise bei den Unternehmern zu denunzieren und ist übrigens seiner Beitragspflicht nicht nachgekommen. Bei dieser Gelegenheit wird hervorgehoben, daß noch mehrere Kollegen in ähnlicher Weise die Interessen der Organisation schädigen und sich weigern, den Extrabeitrag zu bezahlen. Wir wollen vorläufig davon absehen, dieselben namhaft zu machen, werden es aber bei Gelegenheit nachholen. Hoffentlich befinden sich die Kollegen ihrer Verpflichtung. Wegen Schäden getrichen sind die Mitglieder: Adam Wagner von Oberkötter und Wilhelm Fischer von Lüdenscheid, Moritz Nr. 20. Die Referenten konstatieren einen erheblichen Fortschritt auf in der Zahlstellen. Das Vermögen der Lokalfälle ist auf über 1000 gestiegen. Nachdem noch ein Antrag auf Anstaltsunterstützung keine Erledigung gefunden hat, wird die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Gau-Oberhiesien. Mittwoch, den 28. August, tagte im Gewerkschaftshaus in Ratzke eine Konferenz der oberhiesigen Zweigvereine, die von 14 Vereinen durch 32 Delegierte besucht war. Nicht vertreten war der Zweigverein Ziegen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zu dem Extrabeitrag und der Neuaufnahme von Mitgliedern. 2. Der Mißbrauch mit den Arbeitslosen und 35. Beitragsmarken. 3. Agitation und Verschleiss. Der Gewerkschaften-Kollege Waide nahm zu Punkt 1 das Wort und wies darauf hin, daß eine Reihe von Mitgliedern ausgetreten sei, weil sie den Extrabeitrag nicht zahlen wollten. Maßgebend wurden mehrere dieser Kollegen befragt, nach Abschluß des Extrabeitrags, sich unter Abkennung ihrer früheren Mitgliedschaft wieder in den Verband hineinzuschreiben. Dagegen müßte etwas getan werden; der 18. des Statuts müßte streng gehandhabt werden. Es wurde einstimmig beschlossen, daß vom 1. Oktober an in den Zweigvereinen und Zahlstellen Oberhiesiens in zweifelhafte Fällen beim Eintritt von Mitgliedern 1,50 Eintrittsgeld, für neu zurückgekehrte 45. Beitrag zu 45. und für die laufende Woche ebenfalls 45. zu erheben sind. Ausgeschlossen von dieser Maßnahme sind Kollegen, die vom Militär entlassen werden oder aus der Lehre kommen. — Aus der Berichterstattung über die Entwicklung der einzelnen Zweigvereine, war zu entnehmen, daß in der Mehrzahl der Zweigvereine die Extrabeitrag immer mehr Anhang findet. Darauf wurde zu Punkt 2 der Tagesordnung geschritten. Kollege Waide kommt zunächst auf die Beschlüsse, die von den letzten Konferenzen in Sachen der 35. Beitragsmarken gefaßt wurden, zu sprechen und meint, daß diese von der Mehrzahl der Zweigvereine oder Kassierer nicht aufrecht gehalten wurden. Es wäre daher notwendig, die Arbeitslosen und die 35. Beitragsmarken von den Zweigvereinsvorständen einzuziehen. Diese Marken seien nur dann von den Zweigvereinsvorständen zu haben, wenn sich ein Mitglied über die Zulässigkeit dieser Marken legitimieren könne. Die Diskussion über diesen Punkt bewegte sich im Sinne des Vortrags. Nach einer lebhaften und sachlichen Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 28. August in Ratzke tagende Konferenz der Zweigvereine und Zahlstellen Oberhiesiens nimmt Kenntnis von dem Mißbrauch mit den Arbeitslosenmarken und beschließt, daß in Zukunft den Zulässigkeit der Arbeitslosenmarken nicht mehr ausgedehnt werden dürfen. Sämtliche noch im Besitz der Kassierer vorhandenen Marken sind bis auf die 45. Beitragsmarken sofort einzuziehen. Die Arbeitslosenmarken sind von den Zweigvereinen und Zahlstellenkassierern selbst zu fleben, jedoch hat sich das Arbeitslose Mitglied laut § 19 c des Statuts dreimal in der Woche beim Zweigvereinsvorstand zu melden. Am Punkt 3 der Tagesordnung nahm Kollege Scholz das Wort. Er ersucht die leitenden Kollegen um ein besseres Zusammenarbeiten und verurteilt den Egoismus, der bei manchen Kollegen immer mehr anzunehmen sei. In seinen weiteren Ausführungen sprach er sich dahin aus, daß es wieder an der Zeit sei, ein Flugblatt herauszugeben. Im selben Sinne sprach sich auch Kollege Waide aus. Im Punkt „Verschiedenes“ machte Kollege Waide bekannt, daß im oberhiesigen Industriegebiet eine große Anzahl Kollegen aus Oppeln beschäftigt sind. Diese müßten laut Statut ihre Beiträge hier im Industriegebiet entrichten. Da aber die Kollegen in Oppeln nur 35. Beitrag zu zahlen brauchen, versuchen sie, die Beitragsmarken aus Oppeln zu beziehen. Daselbst geschieht mit den Extrabeitragsmarken. Daher einer scharfen Kritik dieser Handlungsweise wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß ein Teil der Mitglieder vom Zweigverein Oppeln, Gau Breslau, im Industriegebiet Oberhiesiens Beschäftigung nimmt, oder statt hier im oberhiesigen Vertragsgebiet üblichen Beitragsmarken von 45. eine solche von 35. aus dem Zweigverein Oppeln bezieht und flebt; in fernerer Erwägung, daß auch statt der für Oberhiesien in Betracht kommenden Extrabeitrag von 4. pro Mitglied, von den Mitgliedern des Zweigvereins Oppeln nur 2. pro Mitglied gezahlt werden und 1. aus der Lokalfälle erhebt wird, beschließt die Konferenz, den Verbandsvorstand zu ersuchen, diesem der Organisation schädigenden Treiben ein Ende zu bereiten, indem er die Mitglieder des Zweigvereins Oppeln, die im Industriegebiet Beschäftigung nehmen, anweist, daß Extrabeitrag und Beiträge in den Zweigvereinen des Gaues Oberhiesien zu zahlen sind.“ Nachdem noch beschlossen worden war, daß die nächste Konferenz am 6. November tagen soll, erfolgte Schluß um 12 Uhr Nachts. (Der Schriftführer wird ersucht, künftig

das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben. Red. des „Grundstein“.)

Dornhausen. Am 7. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Besuch war diesmal nicht sehr gut. Es wurde im ersten Punkt beschlossen, jährlich 15 Lokalmieten zu flehen. Im zweiten Punkt wurde geteilt, daß sich immer noch Kollegen finden, die den Extrabeitrag nicht bezahlen wollen. Beim dritten Punkt kam zur Sprache, ob unsere Bauleitenden das Recht haben, die Bücher der christlichen Kauter zu revidieren, was vom Vorstand verneint wurde. Unter Punkt 4 wurde beschlossen, Sonntag, den 22. September, eine Besprechung anguberaumen zwecks Gründung einer Ortsverwaltung der Zentralkrankenkasse. Die Einladung dazu soll im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde geteilt, daß trotz des augenblicklichen Arbeitsmangels keine lebigen Kollegen abreisen.

Orantenburg. Am 8. September hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, an der vor 170 Mitgliefern 28 teilnahmen. Wägen diese Zeilen den Kollegen das Bescheidende eines solchen Versammlungsbeschlusses vor Augen führen. Als Referent war der Kollege Ulrich aus Berlin erschienen. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt eine Besprechung über den Extrabeitrag. Der Referent legte den Kollegen ans Herz, den Extrabeitrag zu zahlen, um die Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen. Ferner behandelte er noch das Invaliden- und Unfallgesetz, wofür er reichen Beifall erntete. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde angeregt, mit dem Ausschluß der Streikbrecher, noch zu warten, bis der Gewerkschaft der Sache einheitlich geregelt haben wird.

Mühlroth-Damborn. Donnerstag, den 12. September, fand bei dem Wirt Großelster eine Pflegetagungsversammlung statt. Der hauptsächlichste Zweck der Zusammenkunft war: Stellungnahme zur Gründung einer Pflegetagungs-Sektion für den Bezirk Mühlroth-Damborn. Schon des öfteren wurde angeregt, daß für den hiesigen Bezirk ein engerer Zusammenschluß der Pflegetagungsmitglieder notwendig sei, um den Kreisen der Unternehmer im Kattengewerbe gemeinsam entgegenzutreten zu können. Der Kollege Wehring, Vertreter des Zweigvereinsvorsitzenden, wies auf die Schwierigkeiten hin, die infolge der geographischen Verhältnisse im hiesigen Bezirk der Lösung der Frage in den Weg treten. Nach reichlicher Überlegung habe der Zweigvereinsvorsitzende trotzdem der Gründung einer Sektion zugestimmt; um der Frage des Arbeitsnachweises näherzutreten und größeren Einfluß auf die noch im Bezirk vorhandenen unorganisierten Pflegetagungsmitglieder zu gewinnen und sie der Berufsorganisation zuzuführen. Wägen waren die Kollegen, die im hiesigen Zweigvereinsgebiet wohnen und im Verband organisiert sind, den Sektionen in Duisburg und Wilhelm-Oberhausen angegeschlossen. In der Diskussion sprachen sich alle Kollegen für die Gründung aus, mit dem besonderen Hinweis darauf, daß für die Folgezeit viel Arbeitsgelegenheit für das Kattengewerbe im hiesigen Bezirk in Aussicht sei. Auch wurde auf den sich in letzter Zeit bemerkbar machenden Inflationswindel hingewiesen, womit auswärtige Firmen den Zweck verfolgen, den § 4 Abs. 1, b des Tarifvertrages zu umgehen und die Pflegetagungsmitglieder die hier vorgezeichnete Entschädigung zu prellen. Diese wichtige Angelegenheit wird in nächster Zeit das Eingangsamt in Essen beschäftigen, weshalb ein weiteres Eingehen auf die Sache an dieser Stelle nicht notwendig ist. Nachdem die Gründung der Sektion beschlossen war, wurde der Kollege Gustav Richter in Marzloch, Bergstraße 12, als Vorsitzender, der Kollege Wölsche in Marzloch als Kassierer gewählt. Nach einer kurzen Aussprache über interne Berufsfragen wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Schleiz. Am 29. August tagte hier eine Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung war sehr wichtig, aber trotzdem hielten es die meisten Kollegen nicht für nötig, der Versammlung beizuwohnen. Wir haben hier sogar noch Kollegen, die überhaupt noch nicht einmal wissen, warum die Versammlungen abgehalten werden. Die Forderung lesen sie nur oberflächlich und zur Versammlung zu gehen, halten sie nicht für nötig. Aber wenn sie zu einer Mitgliederversammlung beiseite stellt, da haben sie Zeit. Kollege, die für die Notwendigkeit der Organisation erkannt haben, agitiert auf den Bauten, damit die lauen Kollegen aufgerüttelt werden. In der Versammlung wurde über den Extrabeitrag diskutiert. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß er gezahlt werden muß. Kollegen, es gibt hier kein Zurückhalten, denn es kann uns auch einmal so ergehen, daß für uns Extrabeiträge gezahlt werden müssen. Das geplante Stiftungsfest ist verlagert worden.

Ulm. Wenn Herr Sekretär Mung aus Magdeburg in seiner Berichterstattung in Nr. 37 d. Bl. glaubt, durch Abzählen feststehender Lasten seine unternehmerfreundliche und arbeitserfreundliche Gesinnung verbergen zu können, so stellen wir wiederholt fest, daß die Arbeiter, die wir in Nr. 36 d. Bl. festgenagelt haben, auf Wahrheit beruhen. Wir begreifen nicht die Verlegenheit des Herrn Mung, glaubte er doch, sich hier in einem finsternen Winkel zu befinden, wo er unbehindert seinem bedrückten Herzen Luft machen könne. Herr Mung wird zu seinem Verdruß wohl konstataieren müssen, daß es auch hier schon helle geworden ist. Wir können mit Genugtuung erklären, daß Herr Mung seinen Gedanken mehr genützt als geschadet hat. Wir hoffen und wünschen nur, daß Herr Mung noch öfter nach Ulm kommt und Vorträge hält über: „Der Kampf gegen das Kapital“, wir können dann das Geld, das wir sonst für Agitation ausgeben müßten, sparen und es später, wenn wir wieder einmal einen Kampf gegen das Kapital zu führen haben, unseren Mitgliedern autommen lassen.

Wiesbaden. Mittwoch, den 11. September, Nachmittags 4 Uhr, hielt der Zweigverein eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der Kollege Lübbing aus Essen einen Vortrag hielt über: „Die wirtschaftliche Lage, unter besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes“. Der Vortrag wurde von der ziemlich gut besuchten Versammlung sehr beifällig aufgenommen. Hierauf erstattete der Obmann der Reamantenkommission Bericht über die eingegangenen Offerten für den Lokalbeamten. Im ganzen waren 26 Offerten eingegangen. Kollege Lübbing wurde als der Geeignteste für

den hiesigen Zweigverein der Versammlung zur Wahl vorgeschlagen und mit 179 von 181 abgegebenen Stimmen als Lokalbeamter für Wiesbaden gewählt. Mit dieser Wahl hoffen die Kollegen auch den sehr fühlbaren Nachwermangel im Zweigverein abgeholfen.

Zwentan. Sonnabend, den 14. September, tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: Streiks und Lohnbewegungen im Maurergewerbe, wozu Kollege Richard Koch aus Leipzig als Referent erschienen war. Er entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der anwesenden Mitglieder. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Mitgliedern, die hauptsächlich bei dem Baumeister Garmisch arbeiten, und seinen Extrabeitrag zahlen, fernerhin das Fachorgan zu entziehen. Der Vertrauensmann ersuchte die Kollegen, mehr dafür einzutreten, daß der Versammlungsbesuch besser wird. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 8. bis 14. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Bremen M. 600, Nordst. 500; Hamburg 500, Rönneke 400, Bernau i. d. Mark 300, München 300, Mariendorf 200, Bremen 200, Dortmund 200, Grunsdorf 150, Erbenheim 120, Zerow 100, Sandbach 80, Summa M. 3850.

Zuflüsse erhielten: Behndorf M. 170, Bregenheim 100, Hofen 100, Erbsdorf 80, Summa M. 450.

Altona, den 14. September 1907.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Zur Beachtung.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung für das 3. Quartal d. J. sind an die örtlichen Verwaltungen versandt worden; sollten sie in einer Verwaltungsstelle nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um Mitteilung.

Der Vorstand.

J. A. G. Reiff, Hauptkassierer.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschulung, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhäupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Vad Dornhausen. Wie die Aborte hier in „Ordnung“ sind, kann man daraus erkennen, daß am 9. September bei dem evangelischen Kirchenbau ein Dachbinder rutschte in die Grube hineinsprang. Wäre hinten an der Stützvorrichtung eine Schutzvorrichtung gewesen, die nimmermehr angebracht worden ist, es wäre ganz bestimmt das Unglück nicht passiert.

Berlin. Montag, den 9. September, kurz vor der Mittagspause, verunglückte auf dem Neubau „Fürstentum“, Königsgrabenstraße, der Kattengewerbetagungsleiter, indem er durch einen Schrittschritt von einer circa 3 m hohen Bodenaufkantung herabfiel. Durch den Sturz zog sich der Bauarbeiter eine Verletzung der rechten Kopfseite sowie eine Gehirnerschütterung zu. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung gebracht.

Böhm. Schon wieder ein schwerer Unfall durch Einsturz einer Betonende. Dienstag, den 10. September, Nachmittags, war der Maurerpolier Deppa am Neubau des Stellwerks in Altenhofen. — Unternehmer Kahler (Söhne) — mit dem Ausstritten einer Betonende beschäftigt; hierbei erfolgte der Zusammenbruch und Deppa wurde unter den Trümmern begraben. Schwer verletzt wurde der Verunglückte nach seiner Wohnung gebracht. — Ein anderer Unfall ereignete sich Donnerstag, den 6. September, am Neubau Feldbahn auf der Blumenfeldstraße in Weimar. Beim Aufsteigen von einem auf den Einlauf brachen die Latzen, auf denen die „Schuhboden“ ruhen, und ein Arbeiter stürzte hindurch, im Erdgeschoß auf den Beton aufschlagend. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Essen a. d. Ruhr. Mittwoch, den 12. September, stürzte am Neubau der Vergasung in der Hofstraße ein Italiener so unglücklich ab, daß er sofort eine Leide war. Wie das Unglück passieren konnte, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben. Den Verbandsvertreter ist von dem „Herrn“ Polier Fritz Horn die Baustelle verboten, damit er ungehindert murren kann, als wenn man ihm auf die Finger guckt. Die bauausführende Firma Sieder & Kögell ist wegen ihrer Vertragsstrenge berüchtigt. Sie beschäftigt die meisten Italiener, die sich zum Tarifbruch hergeben. Möge dieser Fall eine Warnung sein für den Polier, soviel als auch für die Firma.

Graben. Ein schreckliches Baumglatz ereignete sich am Mittwoch, 11. September, Nachmittags 1½ Uhr, beim Wasserzumbau. Der Wassersturm wird in der Hauptache aus Eisen gebaut und waren zwei Monteur aus Braunschweig hier anwesend. Um die angegebene Zeit brach nun in einer Höhe von circa 30 m ein Gerüstbalken, der einen Durchmesser von etwa 20 cm hatte, und auf diesem Gerüst waren fünf Personen bei der Arbeit, die zwei Monteur und drei Maurer, außerdem waren zwei andere Arbeiter dort beschäftigt. Der Monteur Ludwig Wagner und der Monteur Heinrich Breßhan stürzten hinab, während es den übrigen drei gelang, sich an der eisernen Brüstung festzuhalten. Wagner war sofort eine Leiche, während Breßhan einen Bruch des linken Beines, außerdem Kopf- und auch wohl innere Verletzungen davontrug. Letzterer wurde sofort nach dem Sturz in die Rettungsstation gebracht. Beide Verunglückten sind verheiratet. Das Gerüst haben sie sich selbst mitgebracht und auch selbst gebraucht, was

Malmedy. Am 10. September, kurz nach 11 Uhr, trug sich hier ein größerer Baufall zu, der in dieser ruhigen Stadt große Aufregung hervorrief. Auf dem Fabrikanbau der Papierfabrik des Herrn Steinbach, der von der Firma Ditz & Co., Düsseldorf, ausgeführt wird, stürzte plötzlich mit donnerähnlichem Getöse während des Schüttens einer Last die Schalung in der Länge von 25 bis 30 m ein, und rief die darauf befindlichen Arbeiter mit sich. Die Arbeiter, die nebenan arbeiteten, sprangen sofort von den Plattformen, um die Verfallenden hervorzuholen. Zum Glück war ärztliche Hilfe bald zur Stelle. Die Verfallenden, zum Glück Italiener, trugen schwere Verletzungen davon. Es mußten sechs in das hiesige Krankenhaus überführt werden, und es ist fraglich, ob alle es wieder verlassen werden. Einige leichter Verletzte konnten nach Verlegung von Verbänden die Baustelle allein verlassen. Es wird angenommen, daß die Stützen unter der Schalung nachgelassen haben, da diesmal geistig war, d. h. unten standen Stützen, darauf lag zur Querbauung und darüber standen wieder Stützen. Es wurde nun allerdings, wie es auf diesem Neubau Mode ist, immer darauf festgeschrieben, so daß bei solchen unglücklichen Zeiten, wie sie hier verurteilt wurden, von gewöhnlicher Arbeit keine Rede sein kann. Einer der Herren Bauführer sagte: Die Leute waren zu nachlässig in der Arbeit. Ich meine, in diesem Falle wäre es gerade Pflicht der Polizei, die sonst doch jeden bemerken, der einmal herumsteht, um sich von der Anwesenheit zu erholen, auf einen sehr und so die Arbeit zu achten. Dem Berichterstatter wurde der Bauführer mit der Begründung, er wäre krank, er hat nämlich einen schmerzhaften Finger, so daß er nicht arbeiten kann. Der eigentliche Grund ist, weil er mit einem Herrn über das Unglück sprach. Nach Erkundigungen, die am nächsten Tage eingegeben wurden, ist einer der Verfallenden ein Italiener, geboren. Einer der Verfallenden konnte entlassen werden, da seine Verletzungen leichter Art waren. Die drei anderen nicht so ziemlich bedenklich. Es konnte auch noch nicht festgestellt werden, ob sie nicht innere Verletzungen davongetragen haben; einer wurde schon von einem Arzt untersucht.

Die Kattengewerbetagungsleiter. Ein tödlicher Unfall hat sich am 12. September auf einem Neubau in der Grünhalsstraße zugegetragen. Das Gebäude ist bereits im Rohbau fertiggestellt und in den einzelnen Räumen sind Kattengewerbetagungsleiter, um dadurch, ein schnellerer Todten der Wände herbeizuführen. Zur Aufsicht dieser Dafen war der Zimmermeister Richard Zhen angestellt. In einem der Zimmer setzte er sich nieder und atemte er die giftigen Gase, die den Dafen entströmten, ein. Es währte nicht lange, so war er bewusstlos. Als der Meister einige Zeit später nach dem Leichnam suchte, fand er ihn leblos auf dem Fußboden liegend auf. Er brachte ihn sofort nach einem in der Nachbarschaft wohnenden Arzt, der aber nur noch den Tod infolge Kattengewerbetagungsleiter feststellen konnte. Die Leiche des jungen Menschen, der erst kürzlich das 16. Lebensjahr vollendet hatte, wurde polizeilich beschlagnahmt und dem Scharfhaus überwiegen.

„Bauerarbeiterschulung“ vor Gericht. Am 8. Dezember vorigen Jahres hatte der Zimmermeister Gabriel in Nürnberg das Gefühl auf einem Neubau zu liegen. Ein schlecht beheizter Balkenwechsel ließ ihn aus der Schlinge stürzen herab und traf einen am Aufzug beschäftigten Schreiner demnach an Kopf und Arm, daß er nach ärztlichem Gutachten längere Zeit arbeitsunfähig bleiben wird. Der beherrschende Bauaufseher hatte angeordnet, der Aufzugskran solle etwas seitwärts und weiter vom Gerüst entfernt aufgestellt werden. Dieser Anordnung war der Zimmermeister nicht nachgekommen, und er wurde nun, nachdem der Unfall passiert war, wegen schuldhafter Körperverletzung angeklagt und vom Schöffengericht auf 4 M 20 Geldstrafe verurteilt. Gegen dies Urteil hatte Gabriel Berufung eingelegt, worüber am 5. September vor der Strafkammer verhandelt wurde. Diese Verhandlung war in allen Stücken recht merkwürdig. Die als Zeugen vernommenen Arbeiter konnten nichts sagen, da eine Wunde nicht gesehen haben, der andere hat die Bestimmung verloren und wieder ein anderer meinte: Wenn es nicht getroffen hätte, dann hätte es auch einen anderen getroffen. Auch der Angeklagte wollte sich auf nichts mehr beziehen können, da die Sache schon so lange her sei. Auf seine „Unschuld“ konnte er sich aber doch ganz gut beziehen, denn sonst hätte er ja keine Verurteilung gegen seine Verurteilung eingelegt. Vorherabgen abnormer Unmündigkeit des Unternehmens zeigt aber folgendes gewichtige Wort: Der Arbeiter selbst schuld an dem Unfall, weil er sich dorthin begeben habe, wozu in der Balken gefallen sei. — Es ist wirklich ein starkes Stid, daß sich solche Leute anmaßen, einen Bau leiten zu wollen. Schließlich gelang es auch noch der Gerichtsbehörde in die Wölke des Verleugers, indem er dem Sachverständigen der Baupolizei abzwinkte, als dieser erklären wollte, daß Gabriel für den Unfall verantwortlich gemacht werden müsse. Mehr Gewicht scheint beim Gericht das Gutachten des Privatiers Lindstedt zu haben, der da meinte, Balken aufziehen sei immer eine gefährliche Arbeit, und daß der abfallende Balken den Arbeiter getroffen haben könne. Der Angeklagte hat eben einen Unfall. Der hätte ebenso gut auch noch anders hinfallen können: (Schade, daß nicht ein „Gutachter“ dabei war, der dem Balken die Stelle, angab, wozu er fallen sollte.) Lindstedt mußte aber doch zugeben, daß wenn der Kran weiter zurück und seitwärts aufgestellt worden wäre, die Gefahr des Gefallens weit aus geringer gewesen wäre. Der Gutachter erklärte auch eine Fahrlässigkeit darin, daß, mit Ausnahme eines einzigen Zimmermanns, lauter Tagelöhner und sonstige unfähige Arbeiter verwendet worden seien, er meinte aber mehmals, eine Schuld könne den Angeklagten in seinem Falle treffen. Auf weitere Zeugen wurde dann verzichtet. Der Angeklagte wurde von 4 M 20 und Strafe freigesprochen und die jedenfalls sehr erheblichen Kosten der Staatskasse überbürdet.

Angellager und Gutachter haben dem Gericht glauben machen wollen, und wohl auch gemacht, daß die an gedachten Kran beschäftigten Arbeiter nicht durch ein Schutzbach geschützt und der Kran nicht so weit vom Bau ent-

lassung aus dem Dienste um alle ihre wohlverdienenden Rechte zu bringen."

Bemerkte sei noch, daß die Pensionierung theoretisch erst bei völliger Arbeitsunfähigkeit nach einer ununterbrochenen 20-jährigen Dienstzeit oder ohne Arbeitsunfähigkeit nach 40-jähriger ununterbrochener Dienstzeit eintritt. Das Gewerbegericht erkennt in seinem Urteile selbst an, daß es auf diese Weise die Firma jederzeit in der Hand hat, durch eine wenn auch nur zeitweise Entlassung, den Eintritt dieser Verbesserung der Lage der Arbeiter völlig illusorisch zu machen.

Und doch eine Standhafte Institution wagt man, eine "Wohlfahrts-Einrichtung" für Arbeiter zu nennen! Und es finden sich verlogene, infame Fieber, die sie eine "Muster-einrichtung" nennen.

Die staatlichen Aufsichtsbehörden sind verpflichtet, sich die unerhörte Kriecherei der Pensionierung gründlich anzusehen und dem rechtschänderischen, gegen Freie und Glauben und gute Sitten verstoßenden Unwesen ein Ende zu machen.

Verschiedenes.

* **Ueber die Kindererziehung bei den Mormonen**, der der religiösen Sekte, bei der bekanntlich die Weiblichkeit herrscht, heißt es in einem Heftchen der "Mormonischen Weltanschauung":

"Die Kindererziehung wird als eine Angelegenheit der Gemeinschaft empfunden. Eltern, die es wünschen, können zwar ihre Kinder zu Hause erziehen, aber die meiste große Mehrzahl vertraut ihre Kinder den Staatsanstalten an. Diese Staatsanstalten gleichen in nichts dem Schrecksgepenst, das man sich gewöhnlich bei dem Worte ausmalt; sie sind keine Massenanstalten, sondern repräsentieren ein geradezu musterhaftes individuelles Erziehungssystem. Die Staatsanstalten bilden eine ganze Stadt für sich, sie enthalten Lehrgebäude und Wohngebäude. Je keine Gruppen von drei, höchstens vier Kindern sind einem Lehrer resp. einer Lehrerin anvertraut. Diese Lehrkraft lebt mit den Kindern zusammen, erzieht sie und begleitet sie durch sämtliche Schulklassen hindurch. Die ganze Erziehung nähert sich sehr dem Ideale, das heute in den Landeserziehungsheimen gepredigt wird; sie vollzieht sich zum großen Teil im Freien, im engsten Zusammenhange mit der Natur, und ist vor allem auf Praktische gerichtet. Im 11. Jahre tritt die Frage der Berufswahl an die Kinder heran. Diejenigen, die sich dem Studium zuwenden wollen, treten über in die High School (Hochschule), während die anderen sich der praktischen Ausbildung widmen. Die gesamte Kindererziehung geht auf Staatskosten, wozu wieder der von jedem Erwerbenden, gleichviel ob Mann, ob Weib, gezahlte Zehnte dient. Freilich ist ein Familienleben in unserem Sinne zufolge dieser ganzen Einrichtungen nicht vorhanden, aber ein starkes Gemeinschaftsgefühl, großes Interesse an öffentlichen Angelegenheiten sind die ethischen Triebfedern der Mormonen, und ihnen verdankt der Staat seine treffliche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Wir haben im Mormonenstaate ein überaus interessantes Gebilde vor uns, ein Land, wo trotz der bestehenden Polygamie die Frau als in jeder Weise dem Manne ebenbürtig erachtet wird. Die Mormonen, die ich kennen gelernt habe, sei es im geschäftlichen Leben, haben auch nicht in bezug auf die Erfüllung ihrer Pflichten und die Ausübung ihrer Berufstätigkeit, sowie in der Repräsentation des weiblichen Mormonentums den denkbar günstigsten Eindruck gemacht. Sie vereinigen tüchtige Arbeitsleistung mit einem kindlich-sonnigen Gemüt und sind von auffallender Körperlichkeit. Hierzu mag die eigenartige Massenzüchtung beitragen, aber gewiß auch der erwähnenswerte Umstand, daß gerade die Polygamie ein völliges Fehlen jedes außerordentlichen Geschlechtsverkehrs mit sich bringt. Im Ekelstadium gibt es keine Prostituierten, keine venereischen Krankheiten, keine unehelichen Kinder! So leichtsin wird also bei Vergleichen mit unseren Zuständen ein denkender Mensch das oberflächliche Urteil von der Unmoralität der mormonischen Staatsgebäude nicht nachsprechen."

Zurück die "Mormonische Weltanschauung" und Echarfmaacherblätter ähnlichen Schlages finden nicht brennende Farben der Entrüstung genug, um die "freie Liebe", die "Auflösung der Familie" und die "Zuchtserziehung" zu brandmarken, die in der sozialdemokratischen Zukunftsgesellschaft angeblich herrschen sollen. Um so niedlicher ist es, wenn sie sich selber durch Beispiele aus der Praxis der Lüge überführen.

Eingegangene Schriften.

"Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) Heft 50 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kunde sind wir ja doch! — Essen. Von August Bebel. — Die Verwertung von Aufst. als Lohnarbeiter in der deutschen Seefahrt. Von Emil Fischer-Samburg. — Braunkohlenprofile. Von Max Giesch. — Die Militärärzte. Von Viktor Rood. — Die südrussische Weinkultur und die Regierung. Von Paul Giesch-Montpellier. — Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und kostet pro Heft 25 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die "Neue Gesellschaft" (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag Berlin NW 6, Charitéstr. 3. Verbandsheft des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis für das Einzelheft 10 Pf. Probeheft kostenlos). Heft 12 des 5. Bandes. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Franz Lautföhrer: Parteischule und proletarische Bildungsbewegungen. — Ludwig Cappel: Unsere Taktik bei Stichwahlen. — Joh. Leim-peters: Eine und Auswanderung.

Die Wahl-Ligen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Überlegung der im Wahlkampf von den bürgerlichen Parteien zur Verbeugung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. 256 Seiten, Preis gebunden M. 2. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Eine maßige Flut von Lügen und Verleumdungen hat der letzte Wahlkampf über unsere Partei gebracht, und schier endlos scheint dieser Strom seine ekelhaften Wasser noch immer

über das Land zu ergießen. Nicht immer war es jedem Parteigenossen möglich, den ununterbrochen wuchernden Fabrikläsen des Lügenverbandes die wirklichen Tatsachen entgegenzusetzen. Deshalb der überall in unseren Parteikreisen hervortretende Wunsch, diesen Verleumdungen gegenüber eine schnell und sicher wirkende Waffe zu schaffen. Eine solche Waffe soll das vorliegende Buch sein, das in alphabetischer Anordnung die Lügen und Verleumdungen der Gegner aufzählt und widerlegt. Wenn auch nicht alle kleinen Erbärmlichkeiten und Niederträchtigkeiten bei dieser Zusammenstellung berücksichtigt werden konnten, mit denen man gegen uns tagtäglich frech geht, so ist doch das hauptsächlichste Material zusammengetragen und in übersichtlicher Weise geordnet, um ein schnelles und sicheres Nachschlagen zu ermöglichen.

Wo immer unsere Parteigenossen gequersicheren Verleumdungen die Stirne bieten müssen, sollten sie dieses Buch zur Hand haben. Am wirksamsten wird man in kleineren wie in größeren Kreisen, vor allen Dingen aber in Volksversammlungen den Hosseln des Lügenverbandes das schöffle Sandviertel legen können durch die Feststellung der wirklichen Tatsachen.

Als eine Gedenknummer für den Internationalen Sozialistischen Kongress in Stuttgart präsentiert sich uns die oben erwähnte Nummer des "Wahren Jacob". Die zwei farbigen Bilder stammen aus der Feder des italienischen Künstlers und Parteigenossen Nita Langs, zu denen der bekannte "Karl Quack" den Platz gegeben hat. In der Beilage würdigt Karl Eisner die Bedeutung des Kongresses in einem längeren Feuilleton, dem insgesamt 14 kleinere und größere photographische Aufnahmen vom Kongress, vom Meeting auf dem Camplatter, Baden und von einzelnen hervorragenden Parteigenossen beigegeben sind. Hierdurch gewinnt die Nummer den Charakter eines interessanten Gedenkheftes an den ersten internationalen Sozialistenkongress, der auf deutschem Boden stattgefunden hat. — Der Preis der sehr reichhaltigen 16 Seiten umfassenden Nummer ist 10 Pf.

Süddeutscher Postillon Nr. 19 mit den Illustrationen: "Des großen Kindes Wahnvorstellung", "Im Abhine ist Wahrheit" und "Der Papagei mit verperrtem Schnabel". Jede Nummer kostet 10 Pf.

Briefkasten.

Eine Anzahl Einsendungen mußte zurückgeschickt werden.

Kass. Verwaltung. Die Beschwerde haben wir dem Verbandsvorstande übergeben.

Bürokrat bei Worms, W. M. Mit einer solchen Adresse können wir leider nicht dienen.

Emden, B. Die Sterbetafel vom 1. September ist bereits. Siehe Kopf der Sterbetafel.

Samburg. Da das Papier auf beiden Seiten beschränkt war, der Bericht aber auch nichts Wichtiges enthielt, so haben wir ihn dem Papierkorb überantwortet.

Schnallenfaden. Der kugelförmige ist doch wohl mit seinem Behälter schwer genug gefüllt, so daß wir von einer Veröffentlichung seiner "göttlichen Eingebung" Abstand nehmen können.

Tübingen, A. Die Todesanzeige kann wegen zu später Einbringung keine Aufnahme finden. Siehe Kopf der Sterbetafel. Straßburg i. Westph., Westf. Dasselbe.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle des Verbandsmitglieds, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beileute ist 5 Pf.)

Emden. Am 6. September starb unser Kollege **W. Schulz** im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung.

Siedsheim. Am 13. September starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Karl Almstedt** im Alter von 60 Jahren an Magenkatarrh.

Königsbrunn. Am 8. September starb unser Verbandskollege **Fritz Suckow** im Alter von 23 Jahren an Lungen- und Halsleiden.

Landau. Am 7. September starb unser Verbandskollege **Joseph Schüller** im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung.

Liegnitz. Am 14. September starb unser Kollege **Karl Wohlsdorf** freiwillig aus dem Leben.

Obernied. Am 5. September starb nach langer Krankheit unser Kollege **Andr. Meier** im Alter von 47 Jahren an Leberleiden.

Pr. Sargard. Am 8. September starb unser treuer Verbandskollege **Bernhard Jankowski** im Alter von 27 Jahren an Nierenleiden.

Schulz. Am 13. September starb unser treuer Verbandskollege **Friedr. Zander** im Alter von 47 Jahren an Lungenerkrankung.

Templin. Am 12. September starb unser treuer Kollege **Paul Königsberg** im Alter von 23 Jahren an Lungenerkrankung.

Wiesbaden-Langenschwalbach. Am 7. September starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege **Philipp Ulrich** im Alter von 32 Jahren an Herzleiden.

Witten. Am 10. September starb unser Verbandskollege **Eilt Heyken** im Alter von 23 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Augsburg.

Der Zweigverein Augsburg sucht für den 1. November einen

Lokalbeamten.

Vorbedingung ist die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung, sowie der Buch- und Kassenführung. Außerdem ist rednerische Begabung unbedingt erforderlich. Den Offerten ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Aufsat über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift "Lokalbeamter" bis spätestens 1. Oktober an Unterscheideten einzuliefern.

F. Hartl. München, Palmstr. 12, 3. Et.

Giessen.

Das Bureau des Zweigvereins Gießen-Weimar befindet sich vom 1. Oktober ab im

Gewerkschaftshaus, zum Lohys

Wirtel, Schanzengasse 22

Alle Zuschriften sind dorthin zu adressieren. Georg Schepp II.

Halle a. d. Saale.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt im Volkspark, Burgstraße 27, 2. Et.

Ribnitz.

Unsere Kollegen von den Dörfern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 22. September, Vormittags von 8 bis 1 Uhr, die Beiträge beim Kassierer **H. Hirt**, Fischerstraße, entrichtet werden können. [M. 1,80] Der Vorstand.

Unterzeichneter nimmt hiermit die am 25. und 26. August d. J. gegen den Maurer **Wilhelm Muscher** in Ordnung ausgesprochenen Verleumdungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und warnt vor Weiterverbreitung.

O. Brand, den 1. September 1907. Karl Hübner, Maurer.

Bergen a. Rügen.

Sonntag, den 22. September:

Neuntes Stiftungsfest

bestehend in

Konzert, Preisschießen und Taubenstechen

Abends: BALL.

Alle Verbandskollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3,30] Das Festkomitee.

Liegnitz.

Sonntag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr:

Sechzehntes Stiftungsfest

bestehend in

Preisschießen, Verlosung und Ball.

Alle Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3,30] Das Komitee.

Lucka i. Sa.

Sonntag, den 29. September 1907:

Vergnügen

im "Deutschen Hause".

Die hiesigen Kollegen, sowie die der umliegenden Zweigvereine werden hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3] Der Vorstand.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

Verbandsveranstaltungen der Maurer.

Sonntag, den 21. September.

Bergedorf. Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn D. Wernke, "St. Peteraburg".

Sonntag, den 22. September.

Bad Oeynhausen. Nachm. 4 Uhr im Verbandslokal. T. D. J. Beitzel. Vortrag. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Berlin. Versammlung. Nachm. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Ausserordentliche Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Wiesenburg. Im Vereinslokal. Sehr wichtige Tagesordnung.

Dienstag, den 24. September.

Liegnitz. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 28. September.

Nürnberg. (Hiesige) Abends 8 Uhr im "Hiesigen Hof" (Gewerkschaftshaus), Neugasse. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Sonntag, den 29. September.

Artern. Nachm. 3 Uhr im "Schloß".

Döbeln. Nachm. 3 Uhr im Restaurant "Wanderer". Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Duchelsdorf. Nachm. 3 Uhr, Mitgliederversammlung.

Sonntag, den 6. Oktober.

Langenwetzendorf. Nachm. 3 Uhr bei Sporn. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kier & Co. in Hamburg.